

AUFTRAG

ISSN 1866-0843

VERBANDSZEITSCHRIFT

Gemeinschaft Katholischer Soldaten

03.2022 | Heft 313

AUSBLICK

Wie man Zukunft „rightsized“
Vom zärtlichen Umgang mit dem Morgen!

Gesellschaftsdienst
„Wir wollen ein verpflichtendes
Gesellschaftsjahr“

Schwerpunktthema
Ist die Digitalisierung eine Gefahr
für die Demokratie?

100 Milliarden für die Bundeswehr
„Wir haben viel wertvolle Zeit verloren“

Militärbischof
Dr. Franz-Josef
Overbeck über den
Synodalen Weg



Passen Antworten auf Fragen zum katholischen Glauben in einen Tweet?

Genau das ist es, was Father Michel Remery in der App „Catholic Military Connect“ beweist

In 30 Sprachen werden rund 200 aktuelle und grundsätzliche Glaubensfragen thematisiert. Kurz und knapp werden Antworten formuliert. Wer mehr wissen möchte, kann in den weitergehenden Texten und Videos stöbern, die zu fast jedem Thema angeboten werden. Neben allgemeinen Fragen werden Antworten auf spezifisch soldatische Fragen, etwa auch zur christlichen Friedensethik, gegeben. Darüber hinaus gibt es Gebetsanregungen, Bibelstellen und zum jeweiligen Tag passende Impulse.



**Die Nutzung ist kostenlos.
Die App ist in jedem App-Store erhältlich!**

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

„das Leben kann nur in der Schau nach rückwärts verstanden, aber nur in der Schau nach vorwärts gelebt werden.“ Diese Feststellung des dänischen Philosophen, Theologen und geistlichen Schriftstellers Søren Kierkegaard (1813-1855) fiel mir ein, als ich das Titelthema „Ausblick“ für den AUFTRAG 313 erfahren habe. Und es stimmt ja: Überall im Leben hängen der Blick nach vorne und der Blick zurück zusammen. Die Auffassung darüber, wie sich manche Entwicklung gestaltet, bestimmt zugleich der Blick in die Vergangenheit und die Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Gestaltungsspielräume. Vor mancher Entscheidung richte ich meinen Blick zurück, nehme manches, was war und nicht mehr zu ändern ist, unter die Lupe, nicht zuletzt deshalb, um zu prüfen, ob auf der Grundlage des Vergangenen meine Vorgehensweise für Zukünftiges klug, richtig und vor allem umsetzbar ist.

Und da Sie mit dieser Ausgabe das letzte Heft in diesem Jahr in den Händen halten, lohnt es sich, das Jahr – unter verschiedenen Blickwinkeln – noch einmal Revue passieren zu lassen und zugleich einen Ausblick auf Kommendes zu wagen. Ob die Richtung stimmt, werden wir erst erfahren, wenn es wieder hinter uns liegt und wir es aus der Perspektive der Vergangenheit sehen.

Der Krieg in der Ukraine, der am 24. 02. 2022 begonnen hat, zieht sich wie ein unsäglicher roter Faden durch den Alltag überall in der Welt und hatte und hat auch zukünftig Auswirkungen für alle in den vor uns liegenden Monaten. Mit dem Begriff „Zeitenwende“ hat es Bundeskanzler Olaf Scholz kurz darauf auf den Punkt gebracht. Mit der damit zusammenhängenden Ankündigung, ein „Sondervermögen Bundeswehr“ aufzulegen, hat er Bewegung in Bundeswehr, Politik und in nahezu alle Bereiche der Gesellschaft gebracht. Der Stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes hat sich darüber seine Gedanken gemacht, die Sie auf den folgenden Seiten nachlesen können. Auch die Sorge um das Klima ist weiterhin ein Dauerbrenner, der sowohl Vergangenheit und Gegenwart als auch die Zukunft berührt. Dabei geht es nicht nur um die Welt als Lebensraum für die Menschheitsfamilie, sondern auch darum, wie sich die freie Meinungsäußerung zeigt und welche Blüten sie mitunter treibt. Hierbei sei auf die Aktionen mancher Klima-Aktivisten verwiesen. Unter dem Stichwort „Klima“ ist nicht aus dem Auge zu verlieren, welche Formen (Klima) wir im Umgang miteinander bisher gepflegt haben und in Zukunft pflegen werden.



Foto: KS / Doreen Bierdel

Leitender Militärdekan Bernd F. Schaller
Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene

Um das Miteinander, Verantwortung, gemeinsame Teilhabe und vor allem um eine tragfähige Zukunft ging es in der Katholischen Kirche in Deutschland im „Synodalen Weg“, der mal als Klettersteig, mal als Autobahn, mal als Feldweg daherkam, in die eine oder andere Sackgasse führte, von manchen auch nicht selten als Einbahnstraße wahrgenommen wurde, der dennoch unaufhaltsam weitergeht und der hoffentlich mit Gottes Wegbegleitung in die Zukunft der Kirche – nicht nur in Deutschland – führt. Unser Militärbischof, Dr. Franz-Josef Overbeck, der nicht nur dabei, sondern mittendrin ist, gibt in dieser Ausgabe einen persönlichen Wegbericht, der für uns als Christen, besonders aber auch als Gemeinschaft Katholischer Soldaten, wegweisend sein kann.

Der Blick zurück auf die vergangenen Monate im Leben der GKS beeinflusst auch künftige Entscheidungen und Entwicklungen. Ein nicht geplanter Wechsel in der Person des Bundesvorsitzenden war eine durchaus ungewohnte Zäsur, zugleich aber auch Herausforderung und Neubeginn. Dadurch wurde einiges neu in den Fokus gerückt, was sicher im Laufe der Zeit manche Änderung bringt und neue Sichtweisen zur Folge haben wird. Über ein „Highlight“ im Programm der GKS, nämlich die Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Attentats auf die Olympischen Spiele 1972 und den damit verbundenen Friedensmarsch, wird Sie der Bericht aus Fürstentum informieren.

Auch die Tatsache, dass der „Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten“, der mit seinen Mitgliedsbeiträgen manche Veranstaltung sehr stark unterstützt und das Gemeinschaftsleben im wahrsten Sinn des Wortes „fördert“, sein 25-jähriges Bestehen im Rahmen einer Festveranstaltung feiern konnte, soll hier nicht unerwähnt bleiben. ■



26

Synodaler Weg

„Mich beschäftigt, was Christsein bedeutet“

Ein Beitrag von Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck

GKS-Meldungen

- 06 Aktuelle Meldungen aus dem Verbandsleben der GKS
- 10 AMI-Generalversammlung Wir waren dabei!
- 46 Ehrung GKS-Mitglied erhält Großes Kreuz der GKS

Titelthemen

- 18 Sicherheitspolitik Friedenspolitische Kohärenz im deutschen Engagement in Mali und Niger
- 22 Zukunft Vom zärtlichen Umgang mit dem Morgen
- 33 GKS-Standpunkt „Win-win-Situation für alle“
- 34 „Ich möchte zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit beitragen“
- 32 Bundeswehr-Milliarden-Etat „Wir haben wertvolle Zeit verloren“

Weitere Rubriken

- 3 Editorial
- 14 Panorama
- 16 Wort des Geistlichen Beirats
- 44 Medien/Buchempfehlung
- 47 Impressum



Gesellschaftsdienst

„Wir wollen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr“

31



Schwerpunkt 2022

Ist die Digitalisierung eine Gefahr für die Demokratie?

36

25 Jahre FGKS

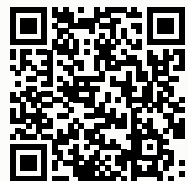
ES GIBT ETWAS ZU FEIERN!

Dieser Satz stand über dem Wochenende vom 04. bis 06.11.2022 im Kardinal Schulte Haus in Bensberg. Der Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (FGKS) hatte zur traditionellen Mitgliederversammlung geladen. Aber es gab noch einen weiteren Grund, warum es sich gelohnt hat, nach Bensberg zu kommen: Vor 25 Jahren wurde der Förderkreis gegründet.

1996 begannen der damalige Bundesvorsitzende Oberst a. D. Karl-Jürgen Klein und einige Mitstreiter intensiv darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten es gäbe, die finanzielle Basis der GKS breiter aufzustellen. Damals wie heute wurde und wird die Arbeit der GKS zum allergrößten Teil durch die Militärseelsorge finanziert. Welche Möglichkeiten gibt es, die Arbeit der GKS und den Verband als Ganzes auch durch den Einsatz eigener Mittel nachhaltig zukunftsfähig aufzustellen? Diese Frage trieb Karl-Jürgen Klein und seine Mitstreiter um. Sie bewiesen damit eine große Vorausschau. Die Gründung eines Förderkreises erschien hier als Lösung, da dieser nicht nur die Möglichkeit gibt, durch Mitgliedsbeiträge und Spenden zusätzliche Einnahmen zu generieren, sondern auch die Möglichkeit bietet, sich in besonderer Weise zur GKS zu bekennen und sich für ihre Förderung einzusetzen. Ganz nebenbei ergab sich auch die Möglichkeit, dass ehemalige Soldatinnen und Soldaten sowie ihre Familien auf diese Weise der GKS weiter verbunden bleiben können. Rasch war eine Satzung entwickelt und der Gründung stand nichts mehr im Weg.

Am 01. 02. 1997 trafen sich in Bonn 25 GKSler und gründeten die FGKS. Erster Vorsitzender wurde Oberst Karl-Jürgen Klein, erster Schatzmeister OstFw Hubert Berners. Doch noch galt es, einige Hürden zu überwinden, denn wenn die Idee des Förderkreises funktionieren sollte, dann musste die FGKS als gemeinnützig anerkannt werden. Mit Ausdauer und Geduld wurde dieses Ziel erreicht. Bis heute ist die FGKS ein eingetragener gemeinnütziger Verein. Als solcher darf sie Spenden einnehmen und für diese auch entsprechend Spendenquittungen ausstellen.

Nun kommt die FGKS seit 25 Jahren ihrem Auftrag treu nach, die Arbeit der GKS zu fördern. Sie finanziert die Homepage der GKS, unterstützt Veranstaltungen wie die GKS-Akademie Oberst-Helmut-Korn und ermöglicht die Anschaffung von Technik, Fortbildungsmaterial oder Material für die Kinderbetreuung. Jede Organisationsform innerhalb der GKS hat die Möglichkeit, sich mit der Bitte um Förderung oder Finanzierung an die FGKS zu wenden. Die FGKS ist damit ein echter „Möglichmacher“.



Der AUFTRAG wird durch finanzielle Mittel der FGKS unterstützt. Mehr Informationen zur FGKS und zur Mitgliedschaft?



Verabschiedung von Gerd Pape bei der Mitgliederversammlung der FGKS. Er war neun Jahre stellvertretender Vorsitzender der FGKS.

Das Jubiläumsjahr war auch ein Wahljahr

Der Vorstand der FGKS besteht aus drei Personen: Dem Vorsitzenden, der gemäß der Satzung durch den Bundesvorsitzenden der GKS gestellt wird, seinem Stellvertreter und dem Schatzmeister. Der stellvertretende Vorsitzende Gerd Pape trat nach neun verdienten Jahren nicht mehr erneut an und wurde nach einer kurzen Wahl durch Oberst a. D. Albert Hecht, den ehemaligen Bereichsvorsitzenden West, als Stellvertreter abgelöst. In seinem Amt als Bereichsvorsitzender hat Albert Hecht die Förderungsmöglichkeiten der FGKS zur Unterstützung der eigenen Arbeit gut kennen und schätzen gelernt, sodass er sich mit vielen Ideen in den Vorstand einbringen wird. Der langjährige Schatzmeister Hubert Berners trat erneut an und wurde einstimmig in das Amt gewählt. Damit steht das Team um den Vorsitzenden, den GKS-Bundesvorsitzenden Oberstleutnant Ulrich Schäffer. In kurzen Wortmeldungen erklärte der neue Vorstand, dass er sich auf die vor ihm liegenden Aufgaben freue und gerne daran arbeiten werde, die FGKS und ihre Arbeit innerhalb und außerhalb der GKS bekannter zu machen, neue Mitglieder zu werben und Spenden zu akquirieren, um in schwieriger werdenden Zeiten mit einer starken FGKS die GKS und ihre Arbeit nachhaltig und zukunftsweisend unterstützen zu können.

Wir wünschen dem neuen Vorstand für seine Arbeit viel Glück und Erfolg! Und auch an dieser Stelle noch mal ein herzliches Dankeschön an den ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden Gerd Pape für seine langjährige Arbeit für die FGKS.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung feierten die Mitglieder der FGKS – unter ihnen die Mitglieder des Bundesvorstandes und viele Mitglieder des Kreises Augustdorf, die zeitgleich in Bensberg ein Themenwochenende abhielten – eine Heilige Messe, um Gott zu danken und ihn zu loben.

Natürlich durfte anschließend in der neuen Kneipe des Kardinal-Schulte-Hauses auch eine kleine Feier nicht fehlen, bei der mehrfach auf die 25 Jahre der FGKS angestoßen wurde. ■

Meldungen aus dem Verbandsleben

Texte: Redaktion GKS
Fotos: GKS



Gruppenbild der Teilnehmenden am Seminar unter dem Motto „Russland – Selbstbild und geopolitische Realität“

U30-Seminar – ein Rückblick

Vom 21. bis 23. 10. 2022 lud die GKS zu einem Seminar für junge, sicherheitspolitisch interessierte Soldatinnen und Soldaten nach Berlin ein, das von Leutnant Maurice Klocke durchgeführt wurde. Es stand unter dem Motto „Russland – Selbstbild und geopolitische Realität“. Der Freitagabend stand im Zeichen des Kennenlernens bei einem gemeinsamen Abendessen, bevor am nächsten Tag inhaltlich eingestiegen wurde.

Den Auftakt am Samstag gab OTL Rufin Mellentin, Fachlehrer an der Offizierschule der Luftwaffe, der auf die geschichtlichen Aspekte des großrussischen Selbstbildes einging. Auch der zweite Vortragende, Patrick von Krienke, ging noch einmal auf historische Aspekte ein, skizzierte unter anderem aber auch, welche Auslöser zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geführt haben. Die jungen Offiziere und Offizierinnen waren hoch motiviert und diskutierten mit den Vortragenden, aber auch untereinander. Mit Dr. Martin Grosch referierte noch ein Experte auf dem Gebiet der Geopolitik. Er erklärte die Zusammenhänge im geopolitischen Konstrukt und wo die Global Player wie China, die USA, Europa und auch Russland einzuordnen sind. Abgerundet wurde das Seminar von einem Kulturprogramm, das die Teilnehmenden nach Berlin-Karlshorst führte. Dort wurde das russisch-deutsche Museum, dem Ort der Unterschrift der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht 1945, besucht. Von dort aus ging es über das Sowjetische Ehrenmal im Treptower Park noch zu einem gemeinsamen Abendessen in ein russisches Restaurant.

Neugierig geworden? Das nächste Seminar folgt schon in der ersten Jahreshälfte 2023.

Themenwochenende des GKS-Kreises Kaufbeuren

Nach Ankunft im Haus der Familie in Memhölz und dem ersten gemeinsamen Abendessen erfolgte die Begrüßung durch den Vorsitzenden des GKS-Kreises Kaufbeuren. Anschließend begrüßte OTL Marcel Rost (GKS-Bereichsvorsitzender Süd) die Teilnehmenden – insbesondere den GKS-Kreisvorsitzenden Kaufbeuren StFw Bernd Ortmann – mit einem Geschenk der GKS und dankte Ortmann für die Vorbereitungen der Themenwochenenden. Danach führten die Referentinnen Ines Breitsameter und Lea Gelfert der Friedrich-Ebert-Stiftung kurz in das Thema ein, sodass wir gespannt auf den Vortrag am nächsten Tag warteten. Nach dem Frühstück war es soweit: Aktiv haben wir das Thema in Gruppenarbeiten vertieft. Die Referentinnen haben uns dabei unterstützt. Nachmittags haben wir die Gegend Waltenhofen/Memhölz erkundet oder andere Unternehmungen durchgeführt. Wer wollte, konnte nach dem Abendessen am „Linedance“, veranstaltet durch Bianca Dietz, teilnehmen. Am Sonntagmorgen fuhren wir dann zum Berggottesdienst auf die Alpe Beichelstein. In einem Stall führte Mil. Pfarrer Walocha durch den Gottesdienst. Herzlichen Dank an Mil. Pfarrer Walocha, der Harmoniemusik Seeg, den Alphornbläsern und der Fahnenabordnung der Reservistenkameraden aus Kaufbeuren.



Impuls Vortrag von Oberstleutnant a. D. Walter Schäffer

Themenwochenende des GKS-Kreises Bad Neuenahr-Ahrweiler/ Grafschaft auf dem Stiftsberg in Kyllburg

Der GKS-Kreis war am Freitag von der Ahr in die Eifel zum Bildungszentrum Stiftsberg in Kyllburg aufgebrochen. Der Vorsitzende, Oberst Bernhard Schneider, konnte nach der Begrüßung eine Vorstellungsrunde begleiten, für die Michael Wilke einige Überraschungen für die Gemeinschaft bereithielt.

Mit Impulsvorträgen von Oberstleutnant a. D. Walter Schäffer zum Ukraine-Krieg, Oberstleutnant a. D. Ludwig Mann zu alternativen Energien und durch Martina Koch zur Krise der Kirche wurden lebhaft Diskussionen ausgelöst. Viele Gespräche drehten sich auch um den Wiederaufbau im Ahrtal. Dazu hatte jeder die Flut an der Ahr auf seine Art erlebt. Doch in den Schilderungen der Teilnehmenden wurden alle Anstrengungen lebendig. Die Aufarbeitung ist auch bis heute nicht gelungen. Neben dem Morgenlob und einer Wanderung zur Mariensäule an der Kyll über den „Sieben Schmerzen Mariae Steig“ war der Gottesdienst in der Stiftskirche einer der Höhepunkte des Wochenendes.

Begeisterte Gäste bei der Soiree
im Kunsthaus Fürstenfeldbruck



GKS GESTALTET „FRIEDENSTAG“

Zur Erinnerung an das Ende der 50. Olympischen Sommerspiele veranstaltete die GKS am 10. und 11. September 2022 unter dem Motto „Friedenstag nine eleven 1972“ ein Gedenkwochenende mit einem bunten Strauß verschiedenster Veranstaltungen.

Fotos: GKS

Friedensmarschierer zum Karmel Heilig Blut
– ein Kloster der Unbeschuhten Karmelitin-
nen in Dachau. Gespräche mit der Schwes-
terngemeinschaft (Bild rechts)



Gottesdienst in St. Mariä Himmelfahrt
im Kloster Fürstenfeld mit dem ukraini-
schen Chor „Pokrow“ aus München

Oberstleutnant Rufin Mellentin, der Vorsitzende des Sachausschusses Sicherheit und Frieden, und seine Helferinnen und Helfer hatten viele Wochen intensiv die unterschiedlichen Veranstaltungen vorbereitet. Der Bundesvorstand der GKS hatte seine Vorstandssitzung extra nach Fürstenfeldbruck verlegt, um die Veranstaltung und das damit verbundene Ansinnen zu unterstützen.

Mit einem Gottesdienst in St. Mariä Himmelfahrt im Kloster Fürstenfeld begann der Veranstaltungsreigen. Die Heilige Messe wurde als Friedensgottesdienst vom Geistlichen Beirat der GKS auf Bundesebene, dem Leitenden Militärdekan Bernd F. Schaller, zelebriert. Musikalisch wurde der Gottesdienst durch den ukrainischen Chor „Pokrow“ aus München und dem Akkordeonorchester „Maisacher Würfel“ umrahmt.

Ein kleiner Höhepunkt im Gottesdienst war die Segnung der Hainbuche, die als Erinnerung an diese Tage und als Zeichen des Friedens am kommenden Tag am Ehrenmal der Luftwaffe gepflanzt werden sollte.

Nach einer zünftigen Stärkung aus der Gulaschkanone begann dann der kulturelle Teil des Abends: Die GKS lud zur Soiree im Kunsthaus Fürstenfeldbruck. Die Leiterin des KUNSTHAUSES, Frau Dr. Barbara Kink, hatte der GKS hierfür dankenswerterweise die Räumlichkeiten des KUNSTHAUSES mit der aktuellen Ausstellung Olympia 1972 als großartigen Rahmen zur Verfügung gestellt.

Oberstleutnant Mellentin führte durch den Abend und lud die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich ein, die Sonderausstellung „50 Jahre Olympia in München“ mit original Exponaten zu besuchen. Musikalisch begleitet wurde der Abend durch das Akkordeonorchester „Maisacher Würfel“.

Am nächsten Morgen trafen wir uns am Kasernentor in Fürstenfeldbruck, um gemeinsam im Bus zur olympischen Regattastrecke in Oberschleißheim zu fahren. Von dort startete der Friedensmarsch, mit dem 50 Jahre nach Beendigung der Olympischen Spiele in München die 50 Marschierenden den unermüdlichen Einsatz auf allen Ebenen für Frieden zwischen den Staaten, Ländern, Völkern und Menschen anmahnten.

Der 50. Jahrestag des Endes der 50. Olympischen Spiele war dabei nicht von ungefähr gewählt, denn am 05. 11. 1972 hatten palästinensische Terroristen Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft als Geiseln genommen. Die Befreiungsak-

tion auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck scheiterte. Am Ende waren elf Israelis, ein bayerischer Polizist und fünf Terroristen tot. Das als fröhliches Friedensfest der Völker der Welt gedachte Sportgroßereignis endete in einer Tragödie. Aber gerade diese Tragödie mahnt uns bis heute, immer wieder für den Frieden einzutreten.

In diesem Sinne marschierten die Teilnehmenden die 15 Kilometer bis zur Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Dachau, ein Ort, an dem mit Wucht deutlich gemacht wird, wohin Menschenverachtung und die Sucht, sich über andere zu erheben, führt und der uns auch 72 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer wieder mahnt, uns unverdrossen und mit aller uns zur Verfügung stehenden Kraft, Ausdauer und Kreativität für den Frieden einzusetzen.

Im Saal des Karmelitinnen-Klosters an der Gedenkstätte Dachau empfingen uns die Schwestern herzlich, und bei einer Leberkäs-Semmel sowie einem Getränk konnten sich alle vom Marsch erholen. Daran schloss sich ein Impuls in der Kapelle des Klosters an, geleitet durch den ausgebildeten Gottesdienstleiter und Vorstandskollegen OstFw a. D. Reinhard Kießner. Dann ging es unter der Führung von Oberstleutnant Dr. Würmseher auf zur Führung durch die KZ-Gedenkstätte Dachau – für alle ein emotional bewegender Besuch.

Zurück an der Kaserne in Fürstenfeldbruck versammelten wir uns am Luftwaffenehrenmal, um gemeinsam das im Friedensgottesdienst am Vortag gesegnete Hainbuchen-Bäumchen in Erinnerung an diesen Tag und als Friedensmahnung zu pflanzen. – Möge es wachsen und gedeihen und seine Aufgabe als Friedensmahner noch viele Generationen lang erfüllen!

Mit einem vom Pfarrgemeinderat des Militärpfarramts Fürstenfeldbruck organisierten Pfarrfest, das mit einem ökumenischen Gottesdienst begann, klangen die erfüllten Stunden, die ganz im Zeichen des Betens, Redens und Marschierens für den Frieden gestanden haben, aus.

Ein herzliches Dankeschön allen, die sich in die Organisation und Durchführung eingebracht haben. Und es sei gesagt: Beim Weggehen hatte mehr als eine Person den Gedanken, dass wir das im nächsten Jahr wiederholen könnten. ■



Im Arbeitseifer: Thematisch befassten sich die Vorträge u. a. mit dem Zusammenwirken von Staat und Kirche in den verschiedenen Verfassungswirklichkeiten, was beim Tagungsort Großbritannien mit seinem besonderen Verhältnis von Kirche und Staat auf der Hand lag.



WIR WAREN DABEI!

Die GKS bei der AMI-Generalversammlung in London

Fotos: GKS

Das Apostolat Militaire International (kurz: AMI) ist so etwas wie der internationale Dachverband der katholischen Soldatinnen und Soldaten weltweit und hat den Status einer Nichtregierungsorganisation (NGO) am Heiligen Stuhl. Die GKS als ordentliches Mitglied engagiert sich schon seit Jahrzehnten in dieser Organisation. Die wichtigste Veranstaltung der AMI ist die Zusammenkunft des Präsidiums, des Exekutiv Komitees und der Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Mitgliedsstaaten, aber auch befreundeter Staaten. Zusammen bilden sie die Generalversammlung, die sich an jährlich wechselnden Orten trifft. Unsere britischen Freunde haben in diesem Jahr die Generalversammlung in London ausgerichtet. Sie fand vom 21. bis zum 26. 08. 2022 statt. Die deutsche Delegation bildeten der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Ulrich Schäffer, der von seiner Bundesgeschäftsführerin, Regina Bomke, und Leutnant Maurice Klocke begleitet wurde.

Die Reise führte die deutsche Delegation von Köln und Berlin aus nach London-Heathrow und nach einer kurzen Transferzeit schließlich an den Tagungsort, die St Mary's University, eine katholische Universität in London Twickenham. Die Unterkunft einfach, ein Studierendenzimmer im Stil des einfachen kirchlichen Lebens. Die Anlage im ländlichen Teil Londons, in unmittelbarer Nähe der Themse, umgeben von einer riesigen Parkanlage und mit einer guten Mischung aus modernen Funktionalbauten und altherwürdigen Gebäuden, die Geschichte atmen, sehr beeindruckend. Ein guter Ort, um sich zu versammeln, miteinander zu beten, zu diskutieren und echte Begegnung zu pflegen.

Der Auftakt der Generalversammlung stand im Zeichen des Kreuzes. Eine Heilige Messe wurde in der Universitätskirche abgehalten. Ebenso wurde die Flaggenzeremonie begangen und die AMI-Hymne gesungen. Ein bewegender Moment für alle, die zum ersten Mal an einer AMI-Konferenz teilgenommen haben.

Der offizielle Auftakt erfolgte bei der Begrüßung durch den AMI-Präsidenten, Vizeadmiral Borsboom, gefolgt von einem Begrüßungsvortrag des britischen Militärbischofs Paul Maison, in dem er die Wichtigkeit von Organisationen wie der AMI hervorhob und auf das Verhältnis von Soldat, Glaube und Kirche einging.

An den folgenden Tagen folgten weitere Impulsvorträge, da die Konferenz diesmal in besonderer Weise den Fokus auf die Fort- und Weiterbildung gelegt hatte. Thematisch befassten sich die

Vorträge u. a. mit dem Zusammenwirken von Staat und Kirche in den verschiedenen Verfassungswirklichkeiten, was beim Tagungsort Großbritannien mit seinem besonderen Verhältnis von Kirche und Staat auf der Hand lag. Auch verschiedene friedensethische Aspekte wurden thematisiert. Einen Schwerpunkt bildete die Befassung mit dem Thema „Moral Injury“. Hierbei wurde der Unterschied zwischen der Posttraumatischen Belastungsstörung und der seelischen Verwundbarkeit im Allgemeinen herausgearbeitet und eruiert welche Schlüsse beim Umgang mit dem Phänomen Moral Injury daraus zu ziehen sind. Unter „Moral Injury“ (Deutsch: Moralische Verletzung) werden Erfahrungen verstanden, bei denen tief verwurzelte moralische Überzeugungen und Erwartungen eines Menschen erschüttert werden. Dass es „Moral Injury“ gibt, scheint jeder Nation bewusst zu sein, oftmals gibt es dennoch nur eine unzureichende Versorgung, Hilfestellung und zu wenige Ansprechpartner für diese schwerwiegende Belastung. Betroffene werden an die Militärseelsorgen oder generell an die kirchlichen Seelsorgenden verwiesen. Vorgesetzten fehlt es teilweise auch noch an der Sensibilisierung für diese Thematik.

Impulsvorträge, Arbeitsgruppen und praktische Einheiten, in denen es vielfache Begegnungen an verschiedenen Orten gab, wechselten sich an den Tagen ab. Ausklang fand der Tag in einem gemeinsamen Abendessen, das musikalisch durch ein Quartett der Royal Air Force begleitet wurde. >>

„Für die kommenden Jahre haben die Kassenprüfung die Slowakei und Deutschland übernommen – ein weiteres Engagement der GKS innerhalb der AMI.“

Der zweite Tag führte die Teilnehmenden in das Herz von London, die City of Westminster. Im Verteidigungsministerium waren die Teilnehmenden zu einer Podiumsdiskussion mit anschließendem Lunch im Weinkeller Heinrich VIII. geladen.

Vor der Messfeier in der Westminster Cathedral wurde in der Westminster Abbey am Grab des unbekannten Soldaten ein Kranz der AMI niedergelegt und so der gefallenen Soldaten gedacht. Dieser Abend endete in einem Club der Royal Air Force. Beim Bankett wurden wir mit einer Reihe britischer Traditionen bekannt gemacht, inklusive des Toasts auf die Queen.

Nach einem Arbeitstag in Twickenham führte uns am vierten Tag der Weg nach Windsor, wo sowohl das Windsor Castle, als auch das Erste Bataillon der königlichen Garde besucht wurde. Auch dieses Highlight war mit Impulsvorträgen und der Möglichkeit verbunden, vor Ort mit unterschiedlichen Menschen ins Gespräch zu kommen.

Natürlich befasste sich die Generalversammlung auch mit dem Verband. Intensiv wurde der AMI Action Plan diskutiert. Ziele wurden festgehalten, Schwerpunktthemen gesetzt, ebenso wurden Ideen skizziert, an welchen internationalen Veranstaltungen – beispielsweise der Internationalen Soldatenwallfahrt in Lourdes – man teilnehmen und als AMI-Mitglied auftreten möchte. Hierbei galt es in Diskussionen um die Ausrichtung der AMI zu ringen und realistisch abzustecken, was umsetzbar ist.

Ebenso wurde sich mit der AMI-App beschäftigt. Diese gilt es weiterzuentwickeln, neue Inhalte einzustellen und in das Ukrainische zu übersetzen. Alle Mitgliedervertreter haben sich verpflichtet, die App unter den Soldatinnen und Soldaten in ihrem Bereich bekannt zu machen.

Für die kommenden Jahre haben die Kassenprüfung die Slowakei und Deutschland übernommen – ein weiteres Engagement der GKS innerhalb der AMI.

Welche Chance ein solches Treffen bietet, zeigte sich am letzten Tag. Regina Bomke, Maurice Klocke und weitere Teilnehmende verließen kurzfristig das Plenum, um an einem internationalen Friedensgebet für die Ukraine teilzunehmen, das via Zoom veranstaltet wurde. Ein Zeichen der Solidarität, des Hoffens und Glaubens und vor allem des Betens, dass der Krieg in der Ukraine endlich enden wird.



Die Entwicklung der App, die es seit knapp 12 Monaten in allen App-Stores gibt, war ein spannender Tagesordnungspunkt bei der diesjährigen AMI-Conference in London.

Das Abschlussdinner wurde in der St Mary's University zelebriert. Nach dem Empfang folgte das militärische Zeremoniell mit der Flaggenparade und dem Spielen der Nationalhymne. Ein Highlight war hierbei ein Helikopterüberflug durch die Royal Air Force.

Es war die erste Live-Konferenz nach zwei Jahren Corona-Pandemie. Sie hat gezeigt, wie wichtig es ist, gemeinschaftlich zusammenzukommen und über verschiedene Themen zu diskutieren. Gemeinschaft, das ist auch das Fundament des christlichen Glaubens.

Nach vielen Gesprächen über verschiedenste Themen, Momenten der Besinnung und der Begegnung, nach gemeinsamem Lachen und Beten war es schließlich Zeit, Abschied zu nehmen. Mit neuen Ideen sowohl für die eigene Arbeit innerhalb der GKS und neuen Themen für die einzelnen Sachausschüsse als auch mit Ideen, wie man die AMI weiter voranbringen könne, trat die deutsche Delegation die Heimreise nach Deutschland an. ■

Twittern mit Gott!

Der katholische Glaube in Reichweite eines Tweets!

Das Apostolat Militaire International (AMI) arbeitet seit mehreren Jahren mit den Machern der App „Tweeting with God“ zusammen, um eine eigene Version für katholische Soldatinnen und Soldaten zu entwickeln. In 30 Sprachen werden in der App rund 200 aktuelle Glaubensfragen gestellt. Die Antworten werden kurz und knapp formuliert. Im militärischen Teil der App wird das Augenmerk auf grundsätzliche Fragen zum christlichen Glauben und Militär, auf friedensethische Aspekte und auf soldatische Fragen gelenkt. „Twittern mit Gott“ gibt insbesondere jungen Menschen Anregungen, wie sie über sich selbst und ihre Beziehung zu Gott nachdenken können.

„Junge Soldatinnen und Soldaten stehen heute bei der Ausübung ihres Berufs vor großen Herausforderungen. Der christliche Glaube kann dabei eine große Unterstützung sein. Mit der App wollen wir unterstützen und eine Möglichkeit bieten, auf Fragen rasch und gehaltvoll Antworten zu finden“, so der Vizeadmiral (ret.) Matthieu Borsboom, Präsident des AMI.

Webseite: tweetingwithgod.com/de
Facebook: facebook.com/Tweetingwithgod
Twitter: twitter.com/twGOD_en
Instagram: instagram.com/tweetingwithGOD
Youtube: youtube.com/tweetingwithGOD

Verbum peto DER PRÄSIDENT HAT DAS WORT

Liebe Leserinnen und Leser des AUFTRAG, Brüder und Schwestern im Militär und im Glauben, gern nutze ich die Gelegenheit, um meine Gedanken und Träume als Präsident der AMI, der einzigen internationalen Vereinigung des katholischen militärischen Laienapostolats, mit Ihnen zu teilen.

Zunächst möchte ich mich herzlich bedanken. Die GKS ist ein Gründungsmitglied und langjähriger Partner der AMI. Über viele Jahre hat die GKS Vertreter in die Gremien entsandt, Konferenzen ausgerichtet sowie an wichtigen Dokumenten („Berliner Erklärung“) und Initiativen mitgearbeitet. Ich möchte mich bei allen Beteiligten aus dem militärischen, kirchlichen und politischen Umfeld bedanken. Dieser Beitrag soll zeigen, wie wichtig es ist, dass Sie sich weiterhin in der AMI engagieren. Als das neue Präsidium und der Exekutivausschuss ihre Arbeit aufnahmen, lag unser Schwerpunkt darauf, ein klares Visionspapier zu entwerfen, in dem wir das katholische Militär in den Mittelpunkt stellen in dem Bewusstsein, dass jeder Soldat, jede Soldatin an der Heimatfront, in den Verteidigungsstreitkräften, im eigenen Land und in der Tat weltweit seine Aufgabe treu zu erfüllen hat. Unsere Vision bezieht sich dabei auf unterschiedliche Ebenen, denn einerseits braucht der katholische Soldat, die katholische Soldatin Unterstützung, um in der Lage zu sein, das Schwert in der einen und die Bibel in der anderen Hand zu halten, also aus dem Glauben und mit dem Glauben seinen oder ihren Dienst zu tun. Auf der anderen Seite brauchen Organisationen und Entscheidungsträger auf strategischer und sogar globaler Ebene Unterstützung, wenn es darum geht, über das Militär, seine Instrumente und seinen Einsatz aus der Perspektive des gläubigen Militärs nachzudenken. Beide Ebenen müssen wir erreichen, beide Ebenen wirken aufeinander. Es ist notwendig und geboten, beide Ebenen zu erreichen und in unseren Überlegungen verbunden zu betrachten. Was haben wir bisher erreicht? In unserem Visionspapier haben wir festgestellt, wie wichtig es ist, dass die Aktionen auf der individuellen militärischen und strategischen Ebene sichtbar werden. Deshalb haben wir einen Aktionsplan entwickelt. Trotz der zweijährigen coronabedingten Einschränkungen konnten wir mit der großen Hilfe der Mitglieder wichtige Initiativen in die Tat umsetzen hierzu zählen z. B.:

- Start der AMI-App mit der Möglichkeit, einzelne katholische Soldatinnen und Soldaten weltweit zu erreichen. AMI-Dokument über „Best Practice“-Beispiele, um voneinander und den Erfahrungen der anderen in der eigenen Arbeit zu profitieren. Mitarbeit in einem Forum katholisch inspirierter Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich beteiligen und die Sicherheitsperspektive darlegen. Regelmäßige Unterrichtung und Beratung des Vatikans in sicherheitspolitischen und friedensethisch relevanten Fragen.
- Weiterentwicklung des religiösen Dialogs und Aufbau enger Beziehungen zu anderen protestantischen Militärorganisationen weltweit.
- Entwurf und Bekanntmachung der „Erklärung von London“

Für mich ist es wichtig, dass wir eine Gemeinschaft von gläubigen Militärs sind, welche die Worte von Papst Franziskus erfüllen: „Das Militär (...) hat die Aufgabe, eine sichere Umgebung zu gewährleisten, damit jeder Bürger in Frieden und Gelassenheit leben kann.“ (Generalaudienz am 30. 04. 2016). Wir müssen dies in einer komplexen Welt in Zeiten des Wandels tun. Das Apostolat Militaire International hat in der „Erklärung von London“ diesen Wandel aus politischer, strategischer, technologischer, militärischer und religiöser Sicht analysiert. Es kommt zu

Positionen, aus denen hervorgeht, wie katholische Friedenskonzepte in der militärischen Praxis angewendet werden können. GKS-Mitglieder halfen bei der Ausarbeitung des Dokuments auf der Grundlage interner GKS-Diskussionen zu den verschiedenen Themen (Innovationen, Killerroboter, Künstliche Intelligenz (KI) und „Gerechter Krieg, gerechter Frieden“). Der Nutzen eines solchen Dokuments ist vielleicht nicht direkt ersichtlich, aber es macht die Position von AMI transparent und war nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine hilfreich. Wir haben eine Erklärung zum Einmarsch veröffentlicht und als Basisdokument die Erklärung verwendet. Außerdem haben wir einen One-Pager erstellt, der die Zusammenfassung der Erklärung an die Militärs weitergibt. Ich hoffe, dass diese Liste einen Eindruck davon vermittelt, dass AMI keine verstaubte, hochakademische, weit entfernte Bürokratie ist, sondern ein lebendiger Verband, in dem um den richtigen Weg gerungen wird, der sich einsetzt für den Frieden in der Welt, einen ethisch guten Umgang mit dem Militär und seinen Möglichkeiten und der den Soldatinnen und Soldaten in ihrem schwierigen Dienst zur Seite stehen will. Meine Träume für die kommenden Jahre sind:

- Weiterhin Wege finden, um junge Soldatinnen und Soldaten zu erreichen und zu gewinnen, auch durch die Teilnahme an AMI-Konferenzen, die Mitarbeit in Arbeitsgruppen und in der Exekutivgruppe. In weiteren Ländern bei der Gründung von Laienorganisationen wie der GKS zu unterstützen. Wir konnten in Großbritannien in den vergangenen Monaten erste Schritte tun und in den USA werden entsprechende Gespräche geführt, neue Länder für eine Mitgliedschaft im AMI zu interessieren: Die Slowakei konnte 2022 bei der AMI-Konferenz als Vollmitglied aufgenommen werden, in Irland gibt es Bestrebungen für eine Mitgliedschaft.
- Ausbau der Repräsentation von AMI auch in weiteren Ländern.
- Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen militärischen Laien und Seelsorgern; wir sind eine Laienorganisation!
- Ich träume auch von einem Pool katholischer Militärs aus allen Mitgliedern, die bei unseren Aufgaben helfen. Wenn wir wachsen wollen, brauchen wir Menschen, die sich das Jahr über aktiv beteiligen.

Wir sind als AMI ehrgeizig. Wir müssen ehrgeizig für unsere Soldatinnen und Soldaten sein, um sie bei ihrer wichtigen Aufgabe zu unterstützen, Frieden und Sicherheit in einer sich verändernden Welt zu gewährleisten. Gleichzeitig verfügen wir gemeinsam über eine enorme Erfahrung, sodass wir einen Mehrwert schaffen, indem wir die höchsten Ebenen zu den großen Fragen des gerechten Krieges, des Einsatzes von Innovationen, Waffen und Techniken und die damit verbundenen ethischen Herausforderungen im militärischen Bereich beraten.

Für all dies brauchen wir Sie als Leser des AUFTRAG und Mitglieder der GKS, um Ihre hochgeschätzte Unterstützung für AMI fortzusetzen und sogar zu erhöhen, um mit uns einen noch ehrgeizigeren Weg zu gehen. ■

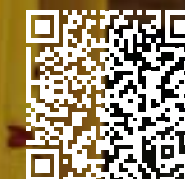


Matthieu J. M. Borsboom
Vizeadmiral RNLI a. D.
Präsident Apostolat Militaire International

PANORAMA

GRATIS DHL-VERSAND VON SPENDENPAKETEN IN DIE UKRAINE

Wie können wir die Menschen in der Ukraine unterstützen? Es gibt gute Nachrichten: Über DHL kann man ein Spendenpaket bis 20 Kilogramm kostenlos in die Ukraine versenden. Was wird benötigt? Unter anderem haltbare Lebensmittel, Babynahrung und Hygieneprodukte. Alles sicher verpacken und den Inhalt des Hilfspakets gut leserlich in Englisch oder Ukrainisch auf das Paket schreiben. Das kostenlose Paketlabel kann man online bei DHL herunterladen.



Für mehr Informationen
einfach den QR-Code scannen!

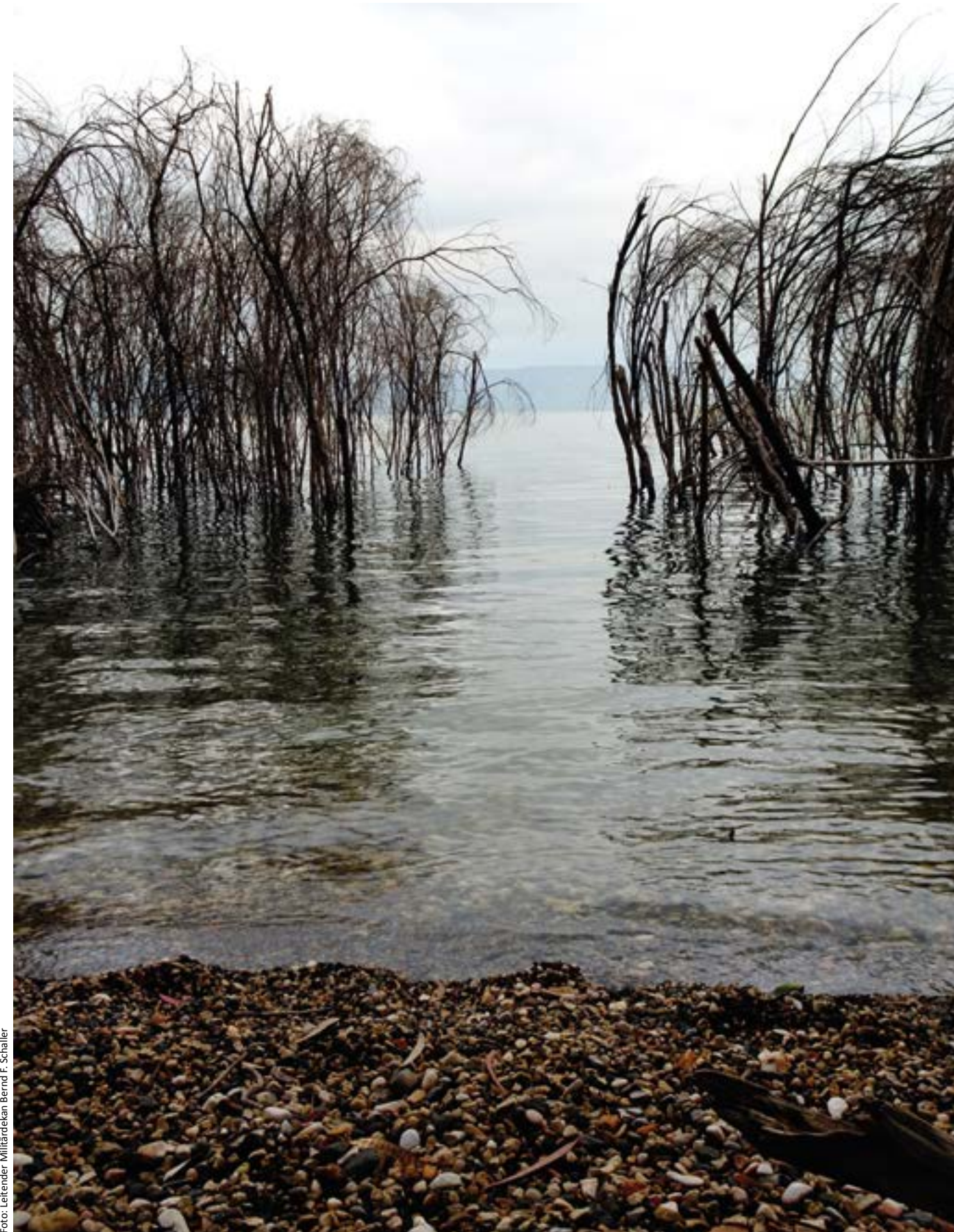


Foto: Leitender Militärdekan Bernd F. Schaller

Das Wort des Geistlichen Beirats

„Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen: Woher kommt mir Hilfe? Meine Hilfe kommt vom HERRN, der Himmel und Erde gemacht hat.“ (Ps 121,1-2).

Der Beter von Psalm 121 verbindet seinen Ausblick mit dem Aufblick. Tiefe Lebens- und Glaubenserfahrung steckt dahinter. Der erste Satz verdichtet diese. Der Blick geht nicht in die Leere, er irrt nicht orientierungslos umher, richtet sich nicht nach unten, geht nicht nach hinten, er hat ein definiertes Ziel: Die Berge, den Ort, an dem Gott in der Überzeugung der Menschen der damaligen Zeit wohnt und sich auch erfahren lässt.

Der Blick geht nach oben. Das Erheben der Augen ist zugleich mit der konkreten Lebenssituation verbunden, ist kein unmotivierter Zeitvertreib; es ist der Tatsache geschuldet, dass der Beter sich in einer schwierigen Lage befindet und spürt, dass nun Hilfe angesagt ist. Seine Grunderfahrung basiert auf dem Fundament des Vertrauens, dass ihm – in bereits zurückliegenden Krisen und Herausforderungen – Gott zur Seite stand, ihn nicht alleingelassen hat.

Dass Gott ihm geholfen hat, steht für ihn außer Frage. Wie sollte derjenige, der den Menschen ihren Lebensraum zur Verfügung gestellt hat, dann nicht dafür sorgen, dass sie auch in schwierigen Zeiten in dieser Schöpfung leben und überleben können?

Wenn also das Titelthema der vorliegenden Ausgabe der Ausblick ist, dann geht es um Hoffnung und Zukunft. Wenn ich als Christ einen Ausblick wage, dann stets in der Gewissheit, dass mein Leben nicht von einem ungewissen Schicksal beeinflusst ist, sondern von dem, dessen Zusage steht: „Und siehe, ich bin mit euch alle Tage bis zum Ende der Welt.“ (Mt 28, 20).

Der zu den „Wallfahrtsliedern“ gehörige Psalm 121 ist in seiner Gänze ein Gebet des Unterwegsseins, in der Gewissheit, dass Gott dabei ist und Behüter und Beschützer auch für Kommendes ist. Obwohl das Buch der Psalmen in einem Zeitraum zwischen dem 6. und dem 2. Jahrhundert vor Christus datiert wird, sind seine Texte aktueller, als man vermuten würde.

Die Erfahrung der Vergangenheit wird zur hoffnungsvollen Gewissheit für die Zukunft, den Ausblick, was in den Versen drei bis acht so ausgedrückt wird: „Er lässt deinen Fuß nicht wanken; dein Hüter schlummert nicht ein. Siehe, er schlummert nicht ein und schläft nicht, der Hüter Israels. Der HERR ist dein Hüter, der HERR gibt dir Schatten zu deiner Rechten. Bei Tag wird dir die Sonne nicht schaden noch der Mond in der Nacht. Der HERR behütet dich vor allem Bösen, er behütet dein Leben. Der HERR behütet dein Gehen und dein Kommen von nun an bis in Ewigkeit.“ (Ps 121, 3-8).

„Wie sollte derjenige, der den Menschen ihren Lebensraum zur Verfügung gestellt hat, nicht dafür sorgen, dass sie in schwierigen Zeiten in dieser Schöpfung leben und überleben können?“

Für uns Menschen gelten im 21. Jahrhundert – wenn auch anders formuliert – die gleichen Erfahrungen, die vergangene Generationen gemacht haben beziehungsweise oft machen mussten: Das Menschenleben war und ist auf seinem Unterwegssein immer in Gefahr: Die Gier nach mehr für die eigene Person, die zur Folge hat, dass andere verlieren, und zugleich als Ursache für kriegerische Auseinandersetzungen, Terror, Hass und Streit dient; Beziehungen zu Menschen, die einen prägen und bereichern, erweisen sich als nicht belastbar, brechen auseinander oder werden durch den Tod endgültig beendet. Unterschiedliche Auffassungen und Meinungen dienen nicht mehr als Grundlage für gegenseitige Horizonterweiterungen und Ergänzungen meiner eigenen Einschätzungen, sondern werden ideologisch, verbissen und führen nicht selten zu scheinbar unlösbaren Problemen, die das Ende des gedeihlichen Miteinanders beenden, zum Abbruch des Dialogs und der positiven geistigen Auseinandersetzung führen und oft in Gewalt enden.

Die Schöpfung als Lebensraum für alle wird als Eigentum nicht mehr gehegt und gepflegt, sondern kurzsichtig aufs Spiel gesetzt, ausgebeutet und letztlich der Gefahr ausgesetzt, dass sie irreparabel beschädigt und zerstört wird. Bei all dem Geschilderten gilt es, den Blick nach vorn zu richten, aufzublicken, den Ausblick zu wagen, den Kopf nicht hängen zu lassen, sondern mit dem Psalmisten in der festen Gewissheit betend unterwegs zu sein, dass er nicht abwesend ist, nicht schläft und uns im Stich lässt, sondern seinen Blick auf uns richtet, uns im besten Sinn des Wortes im Auge behält, uns unter seinem Schutz und seinem Segen unsere Lebens- und Glaubenswege gehen lässt. Wir als Christen haben den Auftrag, Menschen zu sein, die – getragen, gehalten und geführt von Gott – sich für die Hoffnung, die Zukunft, den Frieden, die Schöpfung in seiner Vielfalt und Gesamtheit einsetzen, bestärkt durch die Gemeinschaft der Glaubenden und in der Gewissheit, dass wir einmal rückblickend auf Psalm 18 feststellen dürfen: „Er führte mich hinaus ins Weite, er befreite mich, denn er hatte an mir Gefallen.“ (Ps 18,20). ■

FRIEDENSPOLITISCHE KOHÄRENZ IM DEUTSCHEN ENGAGEMENT IN MALI UND NIGER

Ein Beitrag von Simone Schnabel und Antonia Witt

Die 2017 verabschiedeten Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ sollen als strategischer Kompass für Deutschlands Engagement in Krisen- und Konfliktkontexten, etwa im Sahel, dienen. Dort unterstützt Deutschland mit mehreren Ressorts und gemeinsam mit internationalen Partnern Maßnahmen zur Stabilisierung und Friedensförderung. Das weitestgehende Scheitern bisheriger internationaler Bemühungen für mehr Frieden in der Region verlangt eine kritische Überprüfung und Neuausrichtung dieses Engagements. Unsere Studie im Auftrag des Beirats der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung zeigt am Beispiel von Mali und Niger, dass Deutschlands Engagement in beiden Ländern die in den Leitlinien formulierten Prinzipien bisher nur unzureichend umsetzt.

* Die Studie „Friedenspolitische Kohärenz im deutschen Regierungshandeln: Lehren aus Mali und Niger“, durchgeführt gemeinsam mit Baba Dakono (Observatoire Citoyen sur la Gouvernance et la Sécurité, Mali) und Dr. Abdoul Karim Saidou (Centre pour la Gouvernance Démocratique, Burkina Faso), untersucht, inwieweit sich das deutsche Regierungshandeln in beiden Ländern tatsächlich an dem vor fünf Jahren verabschiedeten friedenspolitischen Leitbild orientiert. Dafür steht der Begriff „friedenspolitische Kohärenz“. Darunter wird das Zusammenwirken einzelner Maßnahmen oder Politikfelder in Bezug auf das übergeordnete Ziel der Förderung nachhaltigen Friedens verstanden. Außerdem untersucht die Studie, wie deutsches Regierungshandeln aus Sicht lokaler Akteur*innen wahrgenommen wird. Wir haben für die Studie über 100 leitfadenbasierte Interviews mit Ressortvertreter*innen, Durchführungsorganisationen sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Februar und März 2022 in Deutschland, Mali und Niger geführt.

In den Leitlinien definiert die Bundesregierung die Förderung nachhaltigen Friedens als übergeordnetes Ziel deutscher Außenpolitik und verpflichtet sich, ihr Handeln in Krisen- und Konfliktkontexten an vier Prinzipien zu orientieren und mit einem ressortgemeinsamen Ansatz umzusetzen. Diese Prinzipien umfassen den Anspruch, (1) Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten, (2) kontextspezifisch, langfristig orientiert zu handeln, (3) Risiken transparent zu machen, kohärent zu handeln und Sorgfaltspflichten zu beachten und (4) das Primat der Politik und den Vorrang der Prävention zu befolgen.

Inwieweit folgt die Bundesregierung diesem Leitbild in der Praxis?

Gerade die jüngsten Entwicklungen im Sahel – darunter die Putsche in Mali und Burkina Faso, der massive Anstieg der Gewalt sowie die politischen Verwerfungen zwischen Malis militärischer Übergangsregierung und ihren westlichen Partnern – zeigen, wie wichtig es ist, das eigene Handeln an diesem friedenspolitischen Leitbild auszurichten, regelmäßig zu überprüfen und, falls nötig, anzupassen.

Sowohl Mali als auch Niger sind Schwerpunktländer des friedenspolitischen Engagements der Bundesregierung, die dort mit den „Kernressorts“ – Auswärtiges Amt (AA), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) präsent ist – u.a. mit dem Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der UN-Mission MINUSMA

Beginn der Militäroperation
„Barkhane“ in Mali im Jahr
2013 gegen den Terrorismus
in der Region.



Foto: Shutterstock

sowie in der Ausbildung nigrischer Spezialkräfte. Aber auch das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) sowie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) setzen in beiden Ländern Projekte um.

Leitlinien kein strategischer Kompass

Als übergeordnetes Ergebnis stellen wir fest, dass das deutsche Regierungshandeln in Mali und Niger die in den Leitlinien formulierten prozeduralen und inhaltlichen Ziele nur unzureichend umsetzt. Es gibt aufseiten deutscher Regierungsakteur*innen zwar ein Bewusstsein für die Notwendigkeit ressortgemeinsamen Handelns sowie Mechanismen und Praktiken, die dieses in Teilen umsetzen. Es fehlt jedoch eine ausreichende inhaltliche Unterfütterung, die gemeinsame Ziele und geteilte Wirkungslogiken definiert.

Die Ressorts nutzen zwar eine Breite an Instrumenten und Mechanismen der ressortübergreifenden Koordination und des gemeinsamen Handelns, die zum Teil speziell für beide Länderkontexte entwickelt wurden. Dazu zählen zum Beispiel der Arbeitsstab Sahel im AA sowie die „Nordrunde“ in Mali. Beides sind ressortübergreifende Gremien, die Informationsaustausch und Abstimmung zwischen den sogenannten „Kernressorts“ in Berlin bzw. vor Ort in Mali schaffen. Insgesamt decken diese Formate jedoch nur einen Teil der in beiden Ländern aktiven Ressorts ab. Außerdem konzentrieren sie sich auf die Abstimmung auf Arbeitsebene. Es fehlt eine Verzahnung sowohl mit der Entscheidungsebene der jeweiligen Ressorts als auch zwischen Berlin/Bonn und der Umsetzungsebene vor Ort: den Botschaften. Großer Handlungsbedarf besteht in der ressortübergreifenden Generierung und Bereitstellung von Wissen, einschließlich zur Frühwarnung, sowie in der ressortgemeinsamen Evaluierung.

Doch wie sieht es mit den inhaltlichen Prinzipien der Leitlinien aus? Weder für Mali noch für Niger wurden bisher länderspezifische politische Gesamtstrategien formuliert, die das Ziel der Förderung nachhaltigen Friedens operationalisieren. Die vorliegenden offiziellen Dokumente, welche die Ziele und Strategien der Bundesregierung zusammenfassen, spiegeln nur teilweise die in den Leitlinien festgeschriebenen inhaltlichen Prinzipien wider. Das Primat der Politik und der Vorrang der Prävention (Handlungsprinzip 4) werden nicht als zentrale Strategie der Konfliktlösung, die über den üblichen politischen Dialog hinausgeht, hervorgehoben. Auch der Menschenrechtsschutz ist zwar Ziel einzelner Maßnahmen, er bekommt aber nicht den strategisch-inhaltlichen Fokus, wie ihn die Leitlinien vorsehen. Das fördert Inkohärenzen zwischen bi- und multilateralem Engagement, etwa dann, wenn Deutschland im Rahmen seiner Beteiligung, z. B. an den EU-Missionen zum Kapazitätsaufbau von Sicherheitskräften, andere sicherheitspolitische Ziele verfolgt als im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit, mit negativen Auswirkungen für Menschenrechte und langfristige Friedensbildung.

Handlungsbedarf auch auf
Umsetzungsebene

Auch auf der Umsetzungsebene zeigt sich, dass deutsches Regierungshandeln nur teilweise im Einklang mit den Handlungsprinzipien der Leitlinien steht. Dabei kommt den Botschaften eine wichtige Rolle in der Koordination und Steuerung zu. Gleichzeitig wird auch dort die inhaltliche Dimension der Leitlinien nur unzureichend umgesetzt. So folgt etwa >>

das deutsche Engagement in beiden Ländern keiner systematischen Präventionsstrategie. In Mali ist außerdem der Schutz der Menschenrechte zwar ein wichtiger Fokus im deutschen Engagement, die Bemühungen im Staatsaufbau konzentrieren sich dennoch auf das schwache Gewaltmonopol des malischen Staats und vernachlässigen die flächendeckende Stärkung staatlicher Justiz. Darüber hinaus haben die schwachen Strukturen des malischen Staates und das Fehlen einer politischen Gesamtstrategie Deutschlands kombiniert mit einem substanziellen Anstieg der Geldmittel im Laufe der letzten 10 Jahre eine Dynamik geschaffen, die den Prinzipien einer inklusiven und auf Eigenverantwortung basierenden Zusammenarbeit entgegenläuft, sodass dabei immer wieder „der malische Partner verloren ging“, wie es ein*e Ressortvertreter*in vor Ort formulierte. Diese Dynamik hat sich nach den beiden Putschen von 2020 und 2021 und den aktuellen Verwerfungen zwischen Malis militärischer Übergangsregierung und ihren westlichen Partnern noch verstärkt. Diese konfrontative Pattsituation muss aufgelöst werden, wenn Deutschland einen sinnvollen Beitrag zur langfristigen Befriedung des Landes leisten will. Dafür sollte die Bundesregierung klare friedenspolitische Prioritäten definieren und diese in eine Strategie einbetten, wie und mit wem unter den aktuellen Gegebenheiten der größtmögliche Beitrag zur zivilen Konfliktlösung geleistet werden kann.

In Niger hingegen zeigt sich, dass durch eine enge Kooperation mit der nigrischen Regierung deutsches Engagement zwar kontextspezifisch umgesetzt wird, es allerdings großen Handlungsbedarf in der Umsetzung des Handlungsprinzips „Menschenrechte achten, schützen und gewährleisten“ gibt. Systematische Einschränkungen politischer Freiheiten und andere Menschenrechtsverletzungen bekommen zu wenig politische Aufmerksamkeit, weil Niger im Lichte seiner instabilen Nachbarn als „Stabilitätsanker“ für die gesamte Region gilt. Diese Leerstelle muss behoben werden, insbesondere angesichts der jetzt stattfindenden Unterdrückung von Protesten gegen die Pläne der nigrischen Regierung, das internationale militärische Engagement im Land auszubauen.

Aus Sicht lokaler Zivilgesellschaft: Menschenrechte und Straflosigkeit vernachlässigt

Während hierzulande insbesondere der deutsche Beitrag zur UN-Mission MINUSMA und der Kapazitätsaufbau malischer und nigrischer Sicherheitskräfte im Fokus der öffentlichen Debatte steht, ist deutsches Engagement aus Sicht zivilgesellschaftlicher Akteur*in-

nen aus Mali und Niger eher das bilaterale entwicklungspolitische, auf langfristige Zusammenarbeit in bevölkerungsnahen Sektoren ausgerichtete Engagement. Dieses wird insgesamt sehr positiv und weitestgehend im Einklang mit den Zielen der Leitlinien wahrgenommen. Die Beteiligung an multilateralen Missionen der Vereinten Nationen und der EU wird dagegen jenseits der Einsatzorte selbst nicht als deutscher Beitrag gesehen und von vielen als im Widerspruch zum friedenspolitischen Leitbild der Bundesregierung bewertet. Aus Perspektive der lokalen Zivilgesellschaft gibt es in beiden Ländern einen großen Handlungsbedarf hinsichtlich des Schutzes von Menschenrechten und der Bekämpfung von Straflosigkeit. Diese Erkenntnisse deuten auf einen erhöhten Bedarf an strategischer Kommunikation hin, die nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, sondern auch die malische und die nigrische Zivilgesellschaft zum Ziel haben sollte.

Engagement strategisch ausrichten und Prävention ins Zentrum rücken

Basierend auf diesen Ergebnissen formulieren wir fünf Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung. Diese können relevante Impulse für eine mögliche Weiterführung des deutschen Engagements in Mali, für die aktuellen strategischen Planungen zum Ausbau des Engagements in Niger und nicht zuletzt für die Erarbeitung einer Nationalen Sicherheitsstrategie liefern.

Erstens empfehlen wir der Bundesregierung für Krisen- und Konfliktländer mit substanziellem deutschem Engagement von mehr als zwei Ressorts, ressortgemeinsame Länderstrategien zu entwickeln, die die politische Gesamtstrategie der Bundesregierung definieren und das Ziel der Förderung nachhaltigen Friedens für die konkreten Länderkontexte operationalisieren. Vor dem Hintergrund der volatilen (sicherheits-)politischen Situation in den Sahelländern sollten solche Strategien mittels verschiedener Szenarien Handlungsoptionen für das deutsche Engagement definieren, welche die Volatilität des Konfliktkontexts ausreichend berücksichtigen und, darauf aufbauend, Handlungsprioritäten identifizieren sowie Rückzugsoptionen formulieren.

Zweitens sollten solche ressortgemeinsamen Länderstrategien das Ziel der Prävention für die konkreten Länderkontexte operationalisieren und zu einem zentralen Element des deutschen Engagements machen. Prävention im Sinne struktureller Konfliktprävention, wie unter anderem in der Sustaining Peace-Agenda der Vereinten Nationen definiert, ist eine Daueraufgabe und setzt am Verständnis der landesspezifischen und historisch bedingten Ursachen von (Gewalt-)Konflikten an.

Die Umsetzung der Leitlinien und das Ziel, ressort-

gemeinsam zu handeln, verlangen nach mehr Personal und Expertise. Deshalb sollten, **drittens**, deutsche Botschaften in leitlinienrelevanten Ländern personell aufgestockt und in strategische Prozesse eingebunden werden. Mehr Personal braucht es insbesondere für die konflikt sensible Berichterstattung sowie den politischen Dialog mit zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur*innen über die Hauptstädte hinaus, der für eine friedensfördernde Ausrichtung des Engagements nötig ist.

Viertens empfehlen wir der Bundesregierung für Mali, das Engagement auf die Stärkung nationaler und lokaler Strukturen zur Konfliktregelung hin auszurichten. Dazu zählt die verstärkte Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Justiz zur Bekämpfung von Straflosigkeit und zur gerichtlichen Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen ebenso wie die Förderung lokaler Dialog- und Friedensprozesse. Letzteres kann auch durch eine Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteur*innen umgesetzt werden. Damit würde innerhalb des deutschen Regierungshandelns eine aus zivilgesellschaftlicher Perspektive benannte Schlüsselursache der Krise in Mali – die Straflosigkeit politischer Eliten und das Fehlen legitimer Gerichtsbarkeit – ins Zentrum einer zivilen Strategie der Konfliktbearbeitung rücken.

Deutsches Engagement wird aus Sicht zivilgesellschaftlicher Akteur*innen aus Mali und Niger insgesamt positiv wahrgenommen.

Um die in Niger bisher erfolgreiche staatliche Zusammenarbeit langfristig und friedenspolitisch kohärent zu sichern, braucht es, **fünftens**, einen stärkeren und institutionalisierten Austausch mit der Zivilgesellschaft vor Ort. Da in Niger der deutsche Beitrag zur Stabilisierung bisher vor allem über multilaterale Institutionen umgesetzt wird und es weniger Präsenz von deutschem Personal in den Konfliktzonen gibt, fehlen wichtige „Sensoren“ in diesen Regionen. Umso notwendiger ist der institutionalisierte Dialog mit lokalen nichtstaatlichen Akteur*innen, inklusive religiöser und traditioneller Autoritäten aus den Regionen, als Zugang zu Kontextwissen, wie es auch die Leitlinien vorsehen. ■



Fotos: HSK

Dr. Antonia Witt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Forschungsgruppenleiterin der HSK-Forschungsgruppe „African Intervention Politics“. Simone Schnabel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorantin an der HSK.

Wie man Zukunft „rightsized“

VOM ZÄRTLICHEN UMGANG MIT DEM MORGEN

Ein Beitrag von Matthias Horx

Ich werde derzeit oft gefragt, was man überhaupt noch über die Zukunft aussagen kann, wenn es offensichtlich keine mehr gibt. Ist die Welt nicht endgültig auf dem absteigenden Ast, im endgültigen Niedergang? Unaufhaltsam die Klimakatastrophe, der Ukraine-Krieg ohne Aussicht auf Frieden, eine neue Ära der diktatorischen Imperien steht bevor, Seuchen springen überall auf, es brennt und zündelt in allen Erdteilen – und nun auch noch Gasmangel, Inflation, Weizenkrise und Weltrezession. Die Zukunft hat sich gegen uns verschworen.

„Rightsizing“ bedeutet, etwas in der richtigen Weise zu formatieren. Das richtige Maß zu finden. Im Leben müssen wir das immer wieder tun, wenn wir in Sackgassen laufen, die aus Übertreibungen und Verengungen entstehen. Sonst kommen wir nicht weiter. Die Zukunft ist eine wichtige Dimension in unserem Leben. Wenn wir sie verlieren, werden wir alt und traurig. Und früher oder später dumpfreaktionär. Wir befinden uns in einem Wahrnehmungstunnel, den wir für die Wirklichkeit halten.

Ich möchte der Kaskade unserer Hoffnungslosigkeit eine mentale Technik entgegensetzen, zu der mich die amerikanische Zukunftsforscherin Jane McGonigal mit ihrem Buch „Imaginable“ inspiriert hat. Ihre Methode, sich der Zukunft zu nähern, ähnelt der RE-GNOSE. Also jener Zukunftsreise, in der wir uns in ein Morgen versetzen, um von dort aus zurückzublicken auf unsere Gegenwart. Voraussetzung für ein solches Experiment ist es, zu erkennen, dass wir als Menschen, egal wie klug und gebildet wir sind, die Realität

niemals völlig erkennen können. Wir befinden uns vielmehr in einer Realitätsillusion, einem Wahrnehmungstunnel, den wir für die Wirklichkeit halten. Plato hat das in seinem Höhlengleichnis ausgedrückt, in dem Menschen in einer Höhle die Welt nur als flackernde Schatten an der Wand sehen und das eigentliche Geschehen verborgen bleibt.

Platos Lehrer Sokrates beschreibt in diesem Gleichnis eine unterirdische, höhlenartige Behausung, in der Menschen leben, die dort ihr ganzes Leben als Gefangene verbracht haben. Sie sind sitzend an Schenkeln und Nacken so festgebunden, dass sie immer nur nach vorn auf die Höhlenwand blicken können, wo sie die Geschehnisse der Welt nur als flackerndes Abbild von Schatten eines Feuers erfahren können. Man ersetze das Feuer durch den Bildschirm, und man hat eine ziemlich genaue Darstellung unserer Lebensrealität.

Die Dämonisierung der Wirklichkeit

Die Evolution hat uns als Menschen mit einer besonders hohen Gefahrenwahrnehmung ausgestattet. Unser Hirn ist dazu „geprint“, Muster zu erkennen, die auf existenzielle Bedrohungen hinweisen. Diese Negativity bias führt dazu, dass wir negative Informationen um den Faktor vier bis zehn – je nach Charakterzug – stärker bewerten als Mitteilungen, in denen sich Lösungen, Entwicklungen und Verbesserungen zeigen.



Foto: Stern.de

„NUR MUT!“ titelt die Ausgabe des Sterns vom September 2022. Es gibt sie, die mutmachenden, positiven Magazinausgaben, die uns viel zu wenig gezeigt werden.

Angst soll uns motivieren, etwas gegen drohende Gefahren zu unternehmen, wie kämpfen, flüchten, Verteidigungssysteme bauen oder Vorsorgen treffen. In dem medialen Echosystem, in dem wir leben, führt das Anfüttern mit Gefahren jedoch zum gegenteiligen Effekt: zur zynischen Apathie.

In einer Aufmerksamkeits- und Erregungsökonomie ist Negativität ein probates Geschäftsmodell. Nichts hält uns so zuverlässig beim Klicken und Lesen wie Befürchtungserzählungen und Untergangsnarrative. Deshalb wimmelt nicht nur das digitale Netz, sondern auch die klassischen Medien von regelrechten Infodemen des Negativen.

Immerzu droht alles. Gleich danach kommen Worte wie Versagen, Skandal, und könnte als negativer Konjunktiv, im Sinne von „den Bach heruntergehen“. Damit erfüllen die Medien ihre Pflicht zur Aufklärung der Gesellschaft. Ein kritischer Journalist fühlt sich moralisch berechtigt, das

„Wenn in Deutschlands kritischsten Magazinen eine positive Entwicklung aufgegriffen wird, findet sich in der Unterzeile die Umdrehung.“

Schlimmste anzunehmen und zu verbreiten. Er meint es ja nur gut mit uns. Also setzen wir noch einen drauf. Wer ist schuld an dem Versagen? Die Politiker!

In Wirklichkeit demoralisiert uns das. Was niemals oder selten vorkommt, ist Bewältigung. Corona war eine Krise, die wir nicht schlecht bewältigen konnten. Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft haben nicht schlecht zusammengearbeitet, um das Schlimmere zu verhindern. Aber die mediale Darstellung war durch ein ewiges Aufpeitschen von Streit, Dissens, dem Versagen und dem Nichtgenügen geprägt. Was bleibt, ist der fade Geschmack einer Niederlage.

Typisch für diesen Effekt der Vergeblichkeit ist das sogenannte „SPIEGEL-Aber“. Wenn in Deutschlands kritischsten Magazinen einmal eine positive Entwicklung aufgegriffen wird, findet sich schon in der Unterzeile die Umdrehung: „Es gibt zwar deutlich weniger Verbrechen, aber das könnte nur darauf hinweisen, dass es demnächst noch schlimmer wird!“

So wächst das Dräuende, Dämonische der Zukunft unaufhörlich an. Das Kritische wird kontraproduktiv. Der Riesentroll des Untergangs wächst in den Himmel. Die Zukunft ist eine Sackgasse, aus der es keinen Ausweg gibt.

Wie kommen wir da raus?

Eine sinnvolle Methode, sich der Zukunft sozusagen „von hinten“ zu nähern, besteht darin, die Negativitätsverzerrung im Sinne einer mentalen Doppelstrategie zu nutzen. Dazu gehört im ersten Schritt eine bewusste Konfrontation mit der Negativität. Stellen wir uns die fürchterlichsten aller möglichen Zukunftsszenarien vor. Zum Beispiel:

GUTE NACHRICHT

sam lant, quisit, untium rum eum doluptatibus
facero reseque alibus inimagn imilign isci
eos demquia assitatus voluptatete dundellib
pel ipicate ctotate mpo- quanist ad molland
repe magnimi ncipis nesentatur aut qua
dendi aut magnamus et facull ignimet lis se
ut ullorio ditium rescien lorepel molorro ea
ihillabo. Rit Arum, sum voluptat venet eos qui
dit costi dici beate, tem dolum solupta nat a
siminul laborio maxi- volupticia corum qu
mi, illic toris dolupta voluptat ad maxi
tiunduntur simposante voluptat ad maxi
viditque volupta teni- fuga. Nem faccae.
musam faccupis antur qui rehendaspe e
re, sinclati to cus nonsed reperum, nistibus
lgent, vit ulla di con re si nis in essusam q
dus, tem que volorio. aut volorate rei
Ut fugia velisci minciis iliquibus reum vol
vidunt dandani end. sime vellacista idu
Saperece atitrem nos- voluptaquia custot
sunt, vel istrum quas as re nonse laborum
andi dolupta tusdam, pliquas il lipist, ap
nus mos eos auditia ium les sandiorion
faciet, quo esciantium ex facest, et que co
ende ni arum quis rem- ex et calqui optat
pos dolupti omnimusam velis arion ea co
quia net id que volut biti anti vercti
accusam et liquo quian- se nos etur, qu
di ciandiae ex expelit as dollecu llabo. Ut
arum aut officiderum at. ur accaeccerro
Uga. Nem fugiatescils spindanitem
inci aped ut moluptatur? sitam experto q
Que nobitia culparunt omnis utam i
que delitia tectatum fu- omnis utam i
gias sinima excerorpor quas doluptae
es eate sime et lacepercti od ut ant omni
autem ipsunt quam quis nem voluptas
aliquiae necerios ata co- ni omniment.
rest, serestioris idus rat. Solor aribus.
Laborio beat andebis te optio offic
cus sitibeauqua nessita Nam fuga. O
verandition por se ella excepellant
nim non et qui dolesec di optatib
aurento cum ulparum alsicipienis
nimaioz sitaquadite vo- ctatempel ille
lorit atempersperi illab lab il maxin
il molecabo. Et mosapel venduntur
lectur, con nimus es re- pelest, omni
pudae minis est, quaspe- dolorempe
runtem aut eiciendae ea- lacepedit v
temol upatur acateam. rioreptin
Boreper esciam reribus. a volupta
Otatia denistat. Ihi- reria qua
cideste doloremque quas aut
nonsedi utatium reiore delis sun
stisque con restium et tio idelen
pa qui nobis tiust, te ulpa nec
qui dit qui qui que ma- cistrume
ximenda qui occusam sape sat
deriorio conecatur? nia nar
Cesti beat rehenda eptat. quame
Quatiantus, officilbus occu

- Eine neue Seuche mutiert aus Corona, die plötzlich höhere Tödlichkeit mit starker Ansteckung verbindet und zu weltweitem Chaos führt – und einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft.

Der Ukraine-Krieg entwickelt sich zu einem Amoklauf von Putins Russland, das einen nuklearen Krieg mit der NATO vom Zaun bricht, worauf eine weltweite Superkrise entsteht, in der der gesamte Wohlstand zerstört wird.

- Amerika wird unter einem neuen, noch reheren Präsidenten als Trump faschistisch. Es kommt zu einem Bürgerkrieg, der die ganze Weltwirtschaft zerstört und auch Europa ins Chaos stürzt.

- In Kürze kommen Überwachungstechniken auf den Markt, die mittels Mind-Profiling Gedanken lesen können, damit bestimmte Werbebotschaften noch genauer angesprochen werden können; dieses Mittel wird längst auch von Geheimdiensten benutzt und dient natürlich der Überwachung der Gedanken, um den neuen Faschismus vorzubereiten.

- In Grönland schmelzen plötzlich die Gletscher viel schneller als erwartet; es entsteht ein Kaskaden-Affekt, der zu wahnsinnigen Hitzewellen und Bränden überall auf der Welt führt.

Folgen Sie der Angst bis an ihr Ende. Doch mit der Angst ist es so, dass man sie auf Dauer nicht halten kann. Wir erkennen: Solche Szenarien sind zwar möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich. Es sind Fantasien.

Durch diese negative Zukunftsmeditation können wir die wahre Zukunft von unserer Angst differenzieren. Indem wir unsere Fantasien im Geiste realisieren, führen wir uns in eine Art Katharsis. Aber es könnte auch anders kommen. Vielleicht sogar besser.

Wenn etwas Schreckliches passiert, dann sollte man nicht daran zweifeln, dass es wirklich schrecklich ist. Man sollte aber auch fragen: Was passiert gerade sonst noch? Der zweite Teil der Übung geht in die entgegengesetzte Richtung. Wir schauen in Richtung einer Realität, die wir bislang ignoriert haben: Der Realität des Wandels zum Besseren. ■



... ist Trend- und Zukunftsforscher. Dieser Text stammt aus seiner Zukunfts-Kolumne: www.horx.com/die-zukunfts-kolumne, siehe auch www.zukunftsinstitut.de

GOOD NEWS

JEDEN TAG FINDEN ZAHLREICHE

Amerikas Ungleichheitsproblem hat sich zum ersten Mal in einer Generation verbessert. Die arme Hälfte der Amerikaner hält nun einen größeren Anteil am Gesamtvermögen als jemals zuvor in den letzten zwanzig Jahren.

France24

POSITIVE EREIGNISSE STATT.

Das Meer vor dem Gazastreifen ist zum ersten Mal wieder „kristallblau“, nachdem Kläranlagen ihren Betrieb aufgenommen und die direkte Einleitung von Abwässern ins Meer beenden. Trotz ständiger kriegesischer Notstände können die Gaza-Bewohner jetzt ein Bad im Meer genießen.

BBC

Der Kampf gegen Plastik nimmt an Fahrt auf: Indien hat das größte Einweg-Plastikverbot der Welt ausgesprochen.

The Guardian

E-Autos tragen in Großbritannien jetzt schon einen signifikanten Anteil zur CO2-Vermeidung bei.

Montsame

Das erste Mal in 60 Jahren wird die chinesische Bevölkerungszahl zurückgehen.

Anthropocene

Australien hat durch seine Bemühungen der Reduktion einen Rückgang von 29 Prozent Küsten-Plastik-Müll in den letzten sechs Jahren erreicht.

npr.org

Synodaler Weg
Rückblick, Analyse, Ausblick

„MICH BESCHÄFTIGT, WAS CHRISTSEIN BEDEUTET“

Ein Beitrag von Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Fotos: Maximilian von Lachner

Beim Synodalen Weg beraten deutsche Bischöfe und Laienvertreter seit 2019 über die Zukunft der katholischen Kirche. Einer unter ihnen ist der Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck. Er hat keinen Zweifel daran: Der Synodale Weg ist eine Chance für die katholische Kirche. Darüber hat er geschrieben.

Der Reformprozess der katholischen Kirche hält an. Stressbälle für die vierte Synodalversammlung im September 2022 – ein Bild mit Signalwirkung.

Die Diskussion über Themen, die katholische Christinnen und Christen hierzulande bewegen, wird derzeit offen geführt. Kritische Fragen zur hierarchischen Struktur der Kirche, zu einer Sexualmoral, die als nicht mehr zeitgemäß wahrgenommen wird, zu Geschlechtergerechtigkeit oder zum Zölibat sind wichtig und gehören zu diesem Erneuerungsprozess. Die Deutsche Bischofskonferenz hat während ihrer Frühjahrsvollversammlung 2019 in Lingen beschlossen, mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken und vielen anderen einen „Synodalen Weg“ zu beschreiten. Gemeinsam haben wir diesen Prozess in einer großen Krise der Kirche begonnen und entschieden, dass wir uns dieser Krise wirklich ernsthaft stellen. Das heißt: Wir wollen ihren Charakter, ihre Ursachen und Dimension erkennen und mit aller Entschlossenheit an plausiblen Lösungen arbeiten. Dabei gilt es, besonders auf die Stimme derer zu hören, die von Machtmissbrauch und sexualisierter Gewalt betroffen sind.

Der „Synodale Weg“ wird entsprechend von der Grundüberzeugung getragen, dass Lösungswege ohne einen offenen Dialog mit den Human- und Gesellschaftswissenschaften sowie einer kritischen inner- und außerkirchlichen Öffentlichkeit nicht zu finden sind. Denn es ist für begründete Reformschritte unumgänglich, die gegebenen gesellschaftlichen Realitäten und Lebenswelten der Menschen zu kennen.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat hier neue Wege im Verständnis der Offenbarung gewiesen, die der Erneuerung der Kirche dienen. Es orientiert sich an der Heiligen Schrift und an der Tradition. Es setzt aber auch auf den Glaubenssinn des Volkes Gottes und auf die „Zeichen der Zeit“ (Papst Johannes XXIII.), vor allem auf den lernbereiten Dialog mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen und kulturellen Entwicklungen der Gegenwart, die auf ihre Weise einen Schlüssel zum Verständnis des Wortes Gottes bieten.

Ein Weg der ganzen Kirche

Der „Synodale Weg“ weiß sich dem Konzil verpflichtet: Kirche darf sich gegenwärtigen Herausforderungen nicht verweigern und muss bereit sein, systemische Zusammenhänge klar zu reflektieren, um daraus erkennbare Konsequenzen ziehen zu können. Dieser Prozess hat dabei stets eine geistliche Dimension und wird über die wesentlichen Grundvollzüge, die das kirchliche Leben ausmachen, konkret: die Verkündigung, die Liturgie, die Caritas und die Gemeinschaft der Glaubenden.

Der „Synodale Weg“ versteht sich als ein Weg der ganzen Kirche in Deutschland. Eine Erneuerung der Kirche wird dann gelingen, wenn dieser Prozess eine breite Legitimation und – trotz der aktuellen Krisenerfahrungen – die Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung findet.

Die vier großen Themen des „Synodales Weges“ – Macht und Gewaltenteilung in der Kirche, Priestertliche Existenz heute, Frauen in Diensten und Ämtern in der Kirche sowie Leben in gelingenden

Keine Mehrheit hatte ein Dokument für eine Liberalisierung der Sexualmoral bekommen. Die nötige Zweidrittelmehrheit der Bischöfe war nicht zustande gekommen. Dies hatte bei vielen Teilnehmenden Verärgerung hervorgerufen. Drohte der Synodale Weg zu scheitern?



Beziehungen, Liebe leben in Sexualität und Partnerschaft – werden in aller Offenheit so verhandelt, dass viele unterschiedliche Standpunkte vertreten sind. Vor diesem Hintergrund kann hin und wieder vielleicht der Eindruck entstehen, dass einzelne Wortmeldungen und Beiträge, die manchmal sehr fordernd erscheinen mögen, das Meinungsbild des gesamten Synodalen Weges prägen. Das ist aber nicht der Fall, was sich auch ganz klar und deutlich anhand der bisherigen Arbeitsergebnisse belegen lässt, die für alle öffentlich einsehbar sind. Alle Teilnehmer tragen eine hohe Verantwortung, die darin besteht, als katholische Christen für das Gelingen >>

Schwester Franziska Dieterle und Priester und Prior Bruno Robeck OCist machen ein Selfie vor der Bühne.



„Kirche darf sich gegenwärtigen Herausforderungen nicht verweigern.“





Gruppenfoto Teilnehmende des Synodalforums I „Macht und Gewaltenteilung“

des „Synodalen Weges“ nach Kräften Sorge zu tragen. Darüber hinaus werden viele der Fragen, die auf dem „Synodalen Weg“ der Kirche in Deutschland gegenwärtig diskutiert werden, auch auf dem Synodalen Prozess der Weltkirche gestellt. All das macht deutlich, dass es sich nicht um deutsche Sonderthemen handelt.

Mehr Nüchternheit

Reformdebatten im Sinne einer konstruktiven Konfliktkultur wirklich zu führen kann sehr herausfordernd sein. Kompromisse, die manchmal auch nur in einigen nächsten Schritten bestehen, werden zuweilen mit dem Argument zurückgewiesen, dass ein ‚Nein‘ dem Schutz des Glaubensgutes diene. Das hat den Effekt, dass jede Reformdebatte so aufgeladen wird, als stünde das Fundament des christlichen Glaubens zur Abstimmung, als würde es um alles oder nichts gehen. Hier wünsche ich mir insgesamt mehr Nüchternheit. Tiefgreifende Reformen sind richtig und notwendig, denn es geht außer um Gerechtigkeit und Anerkennung vor allem um die Frage, wie in Zukunft der Missbrauch von Macht wirksam verhindert werden kann. Vieles davon betrifft allerdings eher die äußere institutionelle Form des Christentums. Mich beschäftigt, wie wir als Kirche

das neu zur Sprache bringen können, was Christsein wirklich im Innersten ausmacht und bedeutet. Dazu brauchen wir unzweifelhaft einen institutionellen Rahmen, der geschlechtergerecht sowie machtsensibel ist und es ermöglicht, Menschen in ihrer Vielfalt anzuerkennen. Aber ohne einen neuen Fokus auf den spirituellen Kern unseres Glaubens bliebe dieser Rahmen bald inhaltsleer. Die Perspektiven sind miteinander verbunden – unvermischt und ungetrennt.

Unvermischt und ungetrennt, ein ganzheitlicher Prozess, in den alle Gläubigen ihre Geistesgaben einbringen – das entspricht meinem Verständnis von Synodalität. Es gibt dazu nicht nur einen Weg und es gibt nicht nur eine Deutung des Evangeliums. Diese Mehrdeutigkeit ist nicht etwas, was wir notgedrungen aushalten müssen, sie ist vielmehr ein legitimer Ausdruck des Reichtums, der dem Glauben innewohnt. ■



Foto: KS / Doreen Bierdel

Papst Benedikt XVI. hat Franz-Josef Overbeck 2011 zum Katholischen Militärbischof für die Bundeswehr ernannt. Seit 2018 ist Overbeck Vizepräsident der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE). Er hat mehrere Jahre in Rom gelebt und studiert. 1989 wurde er dort vom späteren Papst Benedikt XVI. zum Priester geweiht.

Gesellschaftsdienst

„WIR WOLLEN EIN VERPFLICHTENDES GESELLSCHAFTSJAHR“

Ein Beitrag von Philipp Amthor (MdB)

Der 35. Bundesparteitag der CDU Deutschlands hat in Hannover nach kontroverser Debatte mehrheitlich einen Antrag zur Einführung eines Gesellschaftsjahrs angenommen. Mit unserer neuen Beschlusslage haben wir uns als CDU klar positioniert: Wir wollen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das in der Regel unmittelbar nach dem Schulabschluss absolviert werden soll. Unser Gesellschaftsjahr soll dabei keinen Zwang zu einem bestimmten Dienst, sondern lediglich die Notwendigkeit der Entscheidung für zumindest irgendeinen Dienst beinhalten – sei es bei sozialen Einrichtungen, in Krankenhäusern, bei der Bundeswehr, beim THW oder bei der Feuerwehr, bei anerkannten Hilfsorganisationen im Ausland, im Sport und in der Kultur oder bei Natur- und Umweltschutzverbänden. Wir wünschen uns eine möglichst weite und flexible Regelung – und eine Regelung, die zugleich auch einen Mehrwert für unsere Streitkräfte und für die Resilienz unseres Staates bringt.

Mit dem beschlossenen Konzept schließen wir eine wichtige Etappe einer langen Debatte innerhalb unserer Partei ab, die spätestens mit der Aussetzung der Wehrpflicht und der korrespondierenden Aussetzung des Wehersatzdienstes begann. Hinsichtlich der Streitkräfte ist für uns dabei klar: Ein Gesellschaftsjahr kann und soll keine professionelle Berufsarmee ersetzen, deren bedarfsgerechte Ausstattung für uns wehrpolitisch weiterhin Priorität haben muss. Für die Bundeswehr ist ein Gesellschaftsjahr stattdessen zugleich auch mit einem Mehraufwand verbunden, der entsprechend aus-

finanziert werden muss. Es ist aber auch eine Chance für die Bundeswehr, da wir innerhalb der vielfältigen Auswahlmöglichkeiten unseres Gesellschaftsjahres zugleich auch eine Sonderstellung der Streitkräfte und des Zivilschutzes wollen: Um unsere militärische und zivile Reserve zu stärken, wollen wir namentlich als Alternative zum klassischen einjährigen Gesellschaftsjahr die Möglichkeit einer mehrjährigen nebenberuflichen Verpflichtung in der Reserve der Streitkräfte oder in der zivilen Reserve (THW, Feuerwehr) anbieten. Ein echter Gewinn für die Resilienz unseres Staates!

„Wir wollen, dass sich jeder Einzelne fragt, was er für den Staat tun kann.“

Jenseits der Bundeswehr zu einer der Kernfragen der Debatte: Verträgt sich ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr eigentlich mit dem Staatsbürgerverständnis des Grundgesetzes? Wir finden: Ja! Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr stellt unser freiheitliches Menschen->>



Philipp Amthor ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und Fachsprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Staatsorganisation und für Staatsmodernisierung. Innerhalb der Grundsatzprogrammkommission der CDU Deutschlands ist er Co-Vorsitzender der CDU-Bundesfachkommission „Moderner Staat“.

bild keineswegs infrage, sondern es öffnet den Blick auf die Wechselbezüglichkeit von Freiheit und Verantwortung. Da die Freiheiten des Einzelnen auf Dauer nur im Rahmen von gesellschaftlichem Frieden und demokratischen Werten gewährleistet werden können, halten wir es für angebracht, neben staatsbürgerlichen Rechten und Freiheiten auch staatsbürgerliche Pflichten in den Blick zu nehmen. Wir wollen, dass der Einzelne nicht nur fragt, was der Staat für ihn tun kann, sondern dass sich auch jeder Einzelne fragt, was er für den Staat tun kann.

Alle Menschen werden in ihrer Unterschiedlichkeit gebraucht

Wir sind dabei überzeugt: Ein Gesellschaftsdienst kann ein echter Gewinn für jeden einzelnen Bürger sein, der dadurch nicht nur über den eigenen Teller rand schaut, sondern durch seinen Dienst auch ein hohes Maß an Sozialkompetenz erwerben kann, wodurch auch seine Persönlichkeitsentwicklung und seine Bildungsbiografie positiv beeinflusst werden können. Zudem kann ein Gesellschaftsjahr zu der wichtigen Erfahrung verhelfen, dass alle Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit gebraucht werden und dass Individualismus in einem freiheitlichen Staat auch um die Werte von Gemeinschaft und Solidarität ergänzt werden muss. Eine Erkenntnis, die gerade für die gegenwärtige Entwicklung unserer zunehmend pluralistischen und fragmentierten Gesellschaft wichtig ist, in der verschiedene Milieus immer weniger miteinander in Berührung kommen und in der sich viele Menschen nur noch in digitalen und sozialen Echokammern bewegen. Für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft ist eine solche Entwicklung ein schleichendes Gift. Mit schwindendem Verständnis für andere schwindet nämlich

auch der gesellschaftliche Zusammenhalt. Diesen Fehlentwicklungen kann ein Gesellschaftsjahr entgegenwirken, indem es insbesondere junge Menschen über Milieugrenzen hinweg zusammenführt und ihnen den Wert von Gemeinschaft vermittelt.

Und ist das alles rechtlich überhaupt möglich und sinnvoll umsetzbar? Wir finden: Ja, solange es eine klarstellende Verfassungsänderung und eine bundeseinheitliche Regelung gibt. Deshalb streben wir eine entsprechende Neuregelung im Grundgesetz an (Art. 12 Abs. 2 Satz 2 GG n. F.), die dem Bund eine Gesetzgebungskompetenz zur Regelung eines Gesellschaftsjahres und eine Verwaltungskompetenz zur Administration eines solchen Vorhabens verleiht. Vorgaben des Völkerrechts stehen diesem Ziel nach unserer Überzeugung nicht entgegen. Ein weiterer verfassungsrechtlicher Gesichtspunkt: Das verpflichtende Gesellschaftsjahr soll nach unseren Vorstellungen nicht rückwirkend, sondern lediglich mit Wirkung für die Zukunft eingeführt werden. Es dient der Verhältnismäßigkeit der Regelung, dass durch sie niemand nachträglich aus seinem Berufsleben gerissen wird, sondern dass sich Betroffene zu einem ohnehin anstehenden Lebensabschnittswechsel (Schulabgang) auf die neue Regelung einstellen können. Kurz und gut: Es war für die Diskussion um Perspektiven für ein Gesellschaftsjahr enorm wichtig, dass die CDU als erste Volkspartei in dieser wichtigen Frage eine programmatische Lücke geschlossen und ein Konzept vorgelegt hat. Für die Gesamtgesellschaft und für den verfassungsändernden Gesetzgeber stehen maßgebliche Diskussionen nun aber erst noch bevor, da für die Durchsetzung des CDU-Konzeptes eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat nötig wäre. Ein langer und steiniger Weg – aber ein Weg für den sich der Kampf lohnt! ■

Standpunkt der GKS

„WIN-WIN-SITUATION FÜR ALLE“

Seit 2018 setzt sich die GKS für die Einführung eines Allgemeinen Europäischen Gesellschaftsdienstes ein. Dabei geht es uns nicht um die Wehrpflicht oder den Wehersatzdienst nach altem bundesrepublikanischen Muster. Uns geht es im ersten Schritt um ein freiwilliges, mittel- und langfristig verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das junge Menschen an geeigneter Stelle, die sie sich aus einem großen Portfolio anbietender Organisationen aussuchen können, leisten.

Verpflichtend ist nur, dass er zu leisten ist, wo, obliegt der freien Entscheidung der jungen Menschen. Entscheidend ist, dass der Gesellschaftsdienst in seiner Gesamtheit qualitativ so ausgestaltet sein muss, dass er eine Win-win-Situation für die jungen Menschen und die Gesellschaft darstellt.

Im Sachausschuss Sicherheit und Frieden wurde dazu ein Modul-Konzept entwickelt, das – ähnlich wie der „Service national universel (SNU)“ in Frankreich – den jungen Menschen eine vielfältige Information, erste Erfahrungen und Lerneinheiten in engagementrelevanten Bereichen bietet. In den Modulen wird den Teilnehmenden das praktische Kennenlernen der verschiedensten Bereiche gesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements in unserem Land und in Europa ermöglicht.

Die Hilfsorganisationen, sozialen Träger, Blaulichtorganisationen, kirchlichen Träger, aber auch die Bundeswehr erhalten somit die Chance, sich und ihre Tätigkeitsfelder den jungen Menschen tätig und damit praktisch vorzustellen, sie für sich zu interessieren und für sich zu werben. Diese Module gehören zum Dienstzeitraum, sie können diesem separat vorgeschaltet sein oder am Beginn der Dienstzeit stehen. Sie dienen der Orientierung und sind so organisiert, dass sie auch als Wochenmodul innerhalb der Ferien abgeleistet werden könnten. ■



Weitere Gedanken, Argumente und ein inhaltlich ausgearbeitetes Konzept der Eingangsmodule finden Sie auf unserer Homepage!

<https://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de>

„ICH MÖCHTE ZUR RELIGIONS- UND WELT-ANSCHAUUNGSFREIHEIT BEITRAGEN“

Das Bekenntnis zu den Menschenrechten als „Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ ist in unserem Grundgesetz verankert. Menschenrechtspolitik ist daher eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche, einschließlich der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, berührt.

Ein Beitrag von Frank Schwabe

Die meisten Staaten haben sich durch die beiden internationalen Menschenrechtsabkommen, den sogenannten Zivilpakt und den Sozialpakt, zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Dennoch kommt es in vielen Ländern zu gravierenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen.

Dies betrifft auch das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Es stellt eines der Fundamente einer pluralistischen, demokratischen und friedlichen Gesellschaft dar. Es gibt jedem Menschen die Freiheit, im Einklang mit seinen innersten Überzeugungen zu leben, diese mit anderen zu teilen oder für sich zu behalten und diese Überzeugungen zu ändern. Weltweit verzeichnen wir aber zunehmende Einschränkungen dieses Menschenrechts. Konkret bedeutet das für die Betroffenen: soziale Anfeindung, Gesetze, die den Glaubenswechsel verbieten, oder den Vorwurf vermeintlicher Blasphemie. In 56 Ländern wird die Religions- und Weltanschauungsfreiheit stark oder sehr stark eingeschränkt.

Globale und entwicklungspolitische Herausforderungen wie Pandemien, die Klimakrise, Flucht und Migration verschärfen derzeit die Menschenrechtslage weiter. So hat die Covid-19-Pandemie auch Diskriminierung und Verfolgung aufgrund von religiöser Zugehörigkeit

verstärkt, zum Beispiel durch antisemitische und antimuslimische Hassrede. Verletzungen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit treffen dabei übermäßig häufig Angehörige religiöser oder weltanschaulicher Minderheiten. Ebenso sind verstärkt Frauen, Kinder, Indigene, LSBTI-Personen und Menschen auf der Flucht betroffen.

Derartige Einschränkung und Diskriminierung hemmen die Entwicklung vor Ort und gefährden den gesellschaftlichen Frieden. In der neuen Legislaturperiode sollen daher die Bemühungen zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit weiter gestärkt werden. Dazu möchte ich als Beauftragter der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit aktiv beitragen, durch kritische Analyse, die Unterstützung von Betroffenen auch in den Regionen vor Ort und nicht zuletzt durch einen konsequenten Menschenrechtsansatz.

Menschenrechtsansatz in der deutschen Entwicklungspolitik

Seit 2011 verschreibt sich die Bundesregierung einem menschenrechtsbasierten, inklusiven und geschlechtergerechten Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit. Der Menschenrechtsansatz steht für die Orientierung an menschenrechtlicher Standards und Prinzipien wie Parti-

zipation und Nichtdiskriminierung. Er beruht auf der Überzeugung, dass die Gewährleistung der Menschenrechte die Voraussetzung für wirksame Armutsbekämpfung, Friedensförderung und nachhaltige Entwicklung bildet. Er trägt zu einem Perspektivwechsel bei: Wir haben es nicht nur mit „Bedürftigen“ zu tun, sondern mit Inhaber*innen von Rechten, die legitime Ansprüche gegenüber ihren Staaten haben. Der Staat und seine Organe sind Pflichten-tragende. Dabei liegt ein Fokus auf der Förderung derjenigen Menschen und Gruppen, die strukturell am meisten benachteiligt sind („niemanden zurücklassen“).

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt auf drei Ebenen an: Erstens fördert sie die Verankerung des Menschenrechtsansatzes in allen Bereichen ihres eigenen Handelns. Zweitens strebt die Bundesregierung eine kohärentere Förderung der Menschenrechte auf internationaler Ebene und im Politikdialog mit unseren Partnerländern an. Drittens fördert die deutsche Entwicklungspolitik die Menschenrechte in den Partnerländern durch spezifische Projekte.

Aus der Praxis I: Frieden und Entwicklung in Mindanao

So wird im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) das Projekt „Frieden und Entwicklung in Mindanao stärken“ auf den Philippinen umgesetzt. Mindanao, die südlichste Inselgruppe des Landes, ist geprägt von Armut und gewaltsamen Konflikten. Durch strategische Beratung und Schulungen unterstützt das Vorhaben die Regierung bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Förderung von Frieden und Entwicklung und damit auch bei der Einhaltung menschenrechtlicher Pflichten. Gleichzeitig fördert das Projekt explizit die Mitspracherechte indigener Gemeinschaften und stärkt diese darin, ihre Rechte einzufordern.

Aus der Praxis II: Schutz der Umwelt gemeinsam mit Indigenen in Kamerun

Ein anderes Beispiel bietet das Projekt „Schutz von Wald und Umwelt“, das im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Kamerun durchgeführt wird. Die tropischen Naturwälder Kameruns bilden eine Lebensgrundlage für die dort lebenden indigenen Gemeinschaften und die lokale Bevölkerung. Sie sind durch das Bevölkerungswachstum,



Frank Schwabe ist seit 2005 direkt gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestags. Er war langjähriger Sprecher für Klimaschutz der SPD-Bundestagsfraktion und ist jetzt seit vielen Jahren in den Bereichen Menschenrechte und humanitäre Hilfe engagiert.

Foto: photothek.net

den erhöhten Bedarf an Feuerholz und die expansive Landwirtschaft bedroht. Durch Fortbildungen und Beratungen unterstützt das Projekt die indigenen Gemeinschaften und die lokale Bevölkerung dabei, den Handel mit nachhaltig erzeugten Holz- und Nischholzprodukten weiterzuentwickeln. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Beteiligung von Frauen. Gleichzeitig setzt das Projekt bei den Ministerien und Behörden an und fördert dort durch Beratungen und finanzielle Unterstützung die Wertschätzung der natürlichen Ressourcen.

Indigene Spiritualität und die Zukunft unseres Planeten

Leider sind wir noch weit von einer weltweiten Verwirklichung der Menschenrechte entfernt. Es bleibt viel zu tun. Gerade indigene Völker sind historisch von starker Diskriminierung und Entrechtung betroffen, einschließlich ihrer Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Gleichzeitig birgt ihr Wissen, oft eng verbunden mit ihrer Spiritualität, enormes Potenzial für Biodiversitäts- und Klimaschutz. Hier will ich ansetzen und die Religionsfreiheit indigener Völker zu einem Schwerpunkt meiner Arbeit machen. Hierbei geht es nicht nur um Menschenrechte und Respekt voneinander, sondern auch um die Zukunft unseres Planeten. ■

IST DIE DIGITALISIERUNG EINE GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE?

Ein Beitrag von Dr. Henning Steinicke

Gesellschaften unterliegen stetiger Veränderung. Die Entwicklungen der letzten Jahre verstärken jedoch den Eindruck, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt leidet und immer mehr Demokratien in der Welt mit fundamentalen Herausforderungen konfrontiert sind. Nicht selten wird hierfür der Grund in der zunehmenden Digitalisierung unseres täglichen Lebens gesehen. So sehen Beobachter mit Blick auf Falschinformationen, Manipulationsversuche oder Hassrede in der Digitalisierung eine regelrechte Gefahr für die Demokratie. Andererseits, so müssen auch Kritiker einräumen, ermöglichen neue digitale Kommunikationsformate einen leichteren Zugang zu Informationen für Bürgerinnen und Bürger und damit mehr demokratische Teilhabe. Beispiele wie der Arabische Frühling oder die mehr oder weniger erfolgreichen Versuche in autokratisch regierten Ländern, digitale Kommunikationsmöglichkeiten einzuschränken, verdeutlichen, dass mit der Digitalisierung auch Chancen für Demokratisierung verbunden sind. Dieses Spannungsfeld zwischen Digitalisierung und Demokratie stellte die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina ins

Zentrum einer 2021 veröffentlichten Analyse. Im Folgenden werden die wichtigsten Aspekte dieser Stellungnahme vorgestellt: (a) die Digitalisierung von Infrastrukturen demokratischer Öffentlichkeiten, (b) die Veränderung von Information und Kommunikation durch digitale Medien, (c) die Erweiterung von demokratischer Partizipation durch neue digitale Formate und (d) der Wandel politischer Selbstbestimmung.

Plattformen als Infrastrukturen

Infrastrukturen, die einen fairen und offenen Diskurs ermöglichen und Zugang zu vielfältigen und vertrauenswürdigen Informationen bieten, sind für demokratische Öffentlichkeiten konstitutiv. Traditionell bilden Presse- und Rundfunkmedien solche Infrastrukturen. Allerdings erhalten sie zunehmend Konkurrenz von den digitalen Medien, insbesondere von den digitalen Informations- und Kommunikationsplattformen. Während traditionelle Massenmedien überwiegend eigene Inhalte erstellen, die von Redaktionen nach professionellen Kriterien kuratiert werden, präsentieren Plattformen meist Inhalte Dritter. Diese Inhalte werden mithilfe von Algorithmen individuell für Nutzerinnen und Nutzer ausgewählt, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass diese auf entsprechend platzierte Werbung reagieren. Da die Plattformen auf diese Weise



Foto:shutterstock

ihre Einnahmen generieren, versuchen sie, auf Grundlage umfassender Daten zum Nutzerverhalten die Aufmerksamkeit zu lenken und das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer zu beeinflussen.

Die Bedeutung der Plattformen wird durch die Omnipräsenz von Smartphones und sozialer Medien noch verstärkt. Zudem führen ökonomische Netzwerkeffekte zu einer massiven Konzentration des Plattformmarkts. Die Anbieter haben also beträchtliche Macht, unterliegen aber kaum einer rechtlichen Regulierung. Die Übernahme von Twitter durch Elon Musk wirft aktuell ein Schlaglicht auf diese Problematik: Eine Einzelperson setzt neue Regeln für eine Plattform durch, die Milliarden von Menschen vernetzt, und dem Rest der Welt bleibt letztlich nur Akzeptanz oder eine Migration zu kaum verfügbaren Alternativen. Angesichts der zentralen Bedeutung dieser digitalen Kommunikationsplattformen für die demokratische Öffentlichkeit erweisen sich die wenigen bestehenden Regulierungsansätze als unzureichend.

Wandel von Information und Kommunikation

Die Digitalisierung hat den Zugang zu Informationen und die Möglichkeiten der Kommunikation von Bürgerinnen und Bürgern erheblich erweitert. Beides ist essenziell für demokratische Öffentlichkeiten. Der tägliche Zugriff auf Wikipedia oder der schnelle Blick auf die ak-

„Digitale Kommunikationsformate haben einen leichteren Zugang zu Informationen für Bürgerinnen und Bürger und damit mehr demokratische Teilhabe. Beispiele wie der „Arabische Frühling“ oder die mehr oder weniger erfolgreichen Versuche in autokratisch regierten Ländern, digitale Kommunikationsmöglichkeiten einzuschränken, verdeutlichen, dass mit der Digitalisierung auch Chancen für Demokratisierung verbunden sind.“

tuelle Verkehrslage sind für viele heute normaler Alltag. Gleichzeitig birgt das unüberschaubare Informationsangebot auch Risiken, denn ohne Auswahl und Kuratierung der Inhalte sind wir hiermit massiv überfordert. Die Kuratierungspraxis der Plattformen kann jedoch zu einer inadäquaten Priorisierung von Informationen führen. Zudem ist eine angemessene Bewertung von Informationen oft kaum zu leisten, da die Korrektheit von Informationen und die Vertrauenswürdigkeit der ihnen zugrunde liegenden Quellen oft nur schwer einzuschätzen sind. Im Effekt können Falschnachrichten massenhaft, schnell und weitreichend verbreitet werden. Nun existieren Falschnachrichten nicht erst, seitdem es digitale Medien gibt. Allerdings ist es heute viel einfacher, sie schnell und mit großer Reichweite zu verbreiten. Neben diesen Gefahren kann auch die Kuratierung durch Algorithmen und das Auswahlverhalten von Nutzerinnen und Nutzern proble- >>

“Es bilden sich in sozialen Medien zunehmend Gruppen heraus, deren Mitglieder sich in ihrem Meinungsbild gegenseitig verstärken.”

matisch sein, da die Vielfalt von Meinung und Information in demokratischen Öffentlichkeiten leiden kann. So wählen insbesondere Personen mit extremen politischen Ansichten hauptsächlich solche Quellen aus, die ihre eigene Meinung stützen. Im Ergebnis bilden sich in sozialen Medien zunehmend Gruppen heraus, deren Mitglieder sich in ihrem homogenen Meinungsbild gegenseitig be- und verstärken. In diesen Blasen können sich Positionen radikalisieren. In der Folge beobachten wir oftmals, dass sich die Tonlage in der politischen Auseinandersetzung verschärft und die Zivilität des politischen Diskurses durch Hassrede und Online-Mobbing bedroht wird. Solche Zivilitätsbrüche sind für Politikerinnen und Politiker inzwischen an der Tagesordnung und verstärken die gesellschaftliche Polarisierung.

Partizipation

Die Digitalisierung der Öffentlichkeit bietet gleichwohl Chancen für die demokratische Partizipation. So hat die politische Beteiligung durch Plattformaktivitäten deutlich zugenommen. Plattformen bieten beispielsweise die Möglichkeit, Online-Kampagnen zu realisieren. Menschen, die bisher keinen Zugang zu aktiver öffentlicher Kommunikation hatten, können sich über Plattformen öffentlich vernehmbar äußern, und Influencer erreichen ein Publikum, das nicht selten größer ist als dasjenige traditioneller Medien. Solche Kommunikationsmöglichkeiten gestatten politische Diskurse quer durch soziale Schichten und Milieus und über geografische Grenzen hinweg. Partizipation erschöpft sich jedoch nicht in der Nutzung dieser neuen Beteiligungsformen, sondern erstreckt sich auch auf die zivilgesellschaftliche Beteiligung bei der Gestaltung digitaler Technologien und Infrastrukturen. Prominente Beispiele hierfür sind die Open Data-Community, die Open-Source-Bewegung und die Civic-Technology-Bewegung.

Selbstbestimmung

Schließlich wirkt sich die Digitalisierung der demokratischen Öffentlichkeiten auch auf die Selbstbestimmung des Individuums aus, also die eigenständige Entwicklung und Entfaltung von Wünschen, Vorstellungen und Zielen und die freie Entscheidungsfindung. Digitale Öffentlichkeiten unterstützen die Selbstbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern, da sie zusätzliche Äußerungs- und Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Sozialer Anpassungsdruck und Zivilitätsbrüche können diese Chancen allerdings wieder zunichtemachen. Ein weiteres Risiko für die Selbstbestimmung ist das sogenannte Microtargeting, bei dem digitale Dienste Informationen über ihre Nutzerinnen und Nutzer sammeln und die abgeschöpften Daten algorithmisch auswerten, um die User individuell zu beeinflussen. Problematisch ist Microtargeting insbesondere im politischen Raum. Auch wenn bisher unklar ist, wie erfolgreich solche Beeinflussungsversuche tatsächlich sind, kann sich allein der Versuch negativ auf das politische Engagement von Personen auswirken.

Wie weiter?

Das beschriebene Spannungsfeld zeigt, dass in vielen Bereichen sowohl positive als auch negative Effekte der Digitalisierung für die Demokratie zu beobachten sind. Die Akademien-Stellungnahme kommt in ihren Empfehlungen zu dem Schluss, dass verschiedene Eingriffe notwendig sind, um die potenziell negativen Auswirkungen auf die Demokratie zu minimieren. Ziel künftiger Regulierungsansätze sind in erster Linie die Plattformen selbst. Diese sollten nicht nur offenlegen müssen, nach welchen Kriterien sie Inhalte kuratieren, sie sollten zudem die Entscheidungen über Kuratierungsprinzipien an ein unabhängiges und pluralistisch besetztes Gremium delegieren. Außerdem sollten Filterungen und Löschungen anfechtbar sein.

Plattformbetreiber sollten darüber hinaus verpflichtet werden, ihre Datenbestände für nichtkommerzielle Forschungsprojekte, beispielsweise zur Erforschung des Zusammenhangs zwischen Digitalisierung und Demokratie, bereitzustellen. Der Schutz der persönlichen Daten der Nutzerinnen und Nutzer sowie der Geschäftsgeheimnisse der Plattformbetreiber sollte dabei gewahrt bleiben.

Die Internetangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollten gestärkt werden. Im Telemedienauftrag sollte insbesondere das Verbot presseähnlicher Angebote gestrichen werden. Gleichzeitig sollten die Rundfunkanstalten insbesondere bildungsrelevante Inhalte verstärkt unter offenen Lizenzen veröffentlichen. Ein qualitativ hochwertiger, datenbasierter Journalismus sollte gefördert werden, der anstelle einer Fokussierung auf Anekdoten und Narrative möglichst großflächige empirische Daten und langfristige Trends analysiert.



Foto: Shutterstock

Um die Zivilität des Diskurses sicherzustellen, sollten NGOs, die sich für Opfer digitaler Gewalt und gegen die Verrohung des öffentlichen Diskurses engagieren, ein Verbandsklagerecht erhalten. Hierdurch könnten sie Rechtsverletzungen mit Bedeutung über den Einzelfall hinaus gerichtlich verfolgen. Strafverfolgungsbehörden sollten zudem verstärkt in die Lage versetzt werden, strafbare Akte digitaler Gewalt wirksam zu ahnden. Hierfür sollten sie sich auch mit zivilgesellschaftlichen Institutionen verzahnen und kooperieren, um Prävention, Opferhilfe und Rechtsdurchsetzung zu stärken.

Auch das demokratiefreundliche Design digitaler Technologien und Infrastrukturen sollte gefördert werden. Beispielsweise sollten von den Plattformen unabhängige Werkzeuge erforscht und entwickelt werden, die Nutzerinnen und Nutzern bei der Erschließung und Bewertung von digitaler Information und Kommunikation unterstützen können. Algorithmen auf Basis Künstlicher Intelligenz sollten nicht nur erklärbar, sondern auch fair sein. Das bedeutet, dass KI-Entscheidungen in Einklang mit den grundlegenden demokratischen Werten und Grundrechten, insbesondere der Prinzipien der Gleichbehandlung und des Schutzes vor Diskriminierung, stehen.

Die Digital- und Medienkompetenz von Nutzerinnen und Nutzern sollte gestärkt werden. Die Entwicklung von Digitalkompetenzen sollte auf allen Bildungsebenen stattfinden. Für den Bereich der schulischen Bildung liegen bereits geeignete Konzepte vor, die umgesetzt werden

„Die Übernahme von Twitter durch Elon Musk wirft aktuell ein Schlaglicht auf diese Problematik: Eine Einzelperson setzt neue Regeln für eine Plattform durch, die Milliarden von Menschen vernetzt, und dem Rest der Welt bleibt letztlich nur Akzeptanz oder eine Migration zu kaum verfügbaren Alternativen.“

sollten, die jedoch auch eine entsprechende Qualifikation des Erziehungs- und Lehrpersonals voraussetzen.

Und schließlich sollte die digitale Partizipation ausgebaut und gefördert werden. Hierfür sollte eine Initiative etabliert werden, die neuen Formen digitaler Partizipation und darauf ausgerichtetem Journalismus gewidmet ist. Diese Initiative sollte insbesondere Projekte fördern, die Jugendliche mit sozioökonomisch benachteiligtem bzw. politikfernem Hintergrund einbinden und die Integration aller, insbesondere bisher ausgeschlossener gesellschaftlicher Gruppen, im Fokus haben.

Die detaillierten Analysen und Empfehlungen sind der Stellungnahme **„Digitalisierung und Demokratie“** zu entnehmen, die unter leopoldina.org/publikationen/detailansicht/publication/digitalisierung-und-demokratie-2021/ verfügbar ist. ■



Foto: Leopoldina

Dr. Henning Steinicke ist Referent in der Abteilung „Wissenschaft – Politik – Gesellschaft“ in der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

100 Milliarden Euro für die Bundeswehr

„WIR HABEN VIEL ZEIT VERLOREN“

Ein Kommentar von Stabsfeldwebel Thomas Schwappacher

Der Bundeskanzler hat am 27. Februar 2022 ein großes Wort gewählt, als er die „Zeitenwende“ ausgerufen hat. Und das Vorhaben dahinter ist noch viel größer: 100 Milliarden Euro will die Bundesregierung ausgeben, um die Bundeswehr endlich in den Zustand der vollen Einsatzbereitschaft zu versetzen. Noch vor der Sommerpause haben Regierung und Parlament die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen und das „Sondervermögen Bundeswehr“ im Grundgesetz verankert. Das Geld soll neben dem regulären Verteidigungshaushalt zur Verfügung stehen. Es brauchte leider erst einen Krieg in Europa, damit die Politik erkannte, wie groß und dringend der Handlungsbedarf geworden war.

Ich muss es klar benennen: Wir haben viel wertvolle Zeit verloren. Spätestens seit der Annexion der Krim durch Russland vor mittlerweile acht Jahren war für jeden, der sehen konnte und erkennen wollte, klar, dass nur starke, einsatzbereite Streitkräfte – gepaart mit politischer Entschlossenheit – ein probates Mittel gegen den Expansionsdrang des russischen Präsidenten sein können. In den einschlägigen Kreisen war die Erkenntnis schon lange vorhanden. Leider haben der politische Wille und die gesellschaftliche Unterstützung nicht ausgereicht, um mehr als Lippenbekenntnisse zu erreichen.

„Es wird in jedem Fall einige Jahre dauern, ehe die Bundeswehr da steht, wo sie eigentlich heute schon längst sein könnte.“

Nun, das ist verschüttete Milch. Umso mehr müssen jetzt die Anstrengungen verstärkt werden, denn klar ist: Es wird in jedem Fall einige Jahre dauern, ehe die Bundeswehr da steht, wo sie eigentlich heute schon längst sein könnte. Noch gilt leider der frustrierte Ausruf des Inspektors des Heeres, der zu Beginn des Angriffskrieges im Februar konstatieren musste, er stehe weitgehend blank da.

Für uns ist all das keine Überraschung. Der DBwV hat bereits 2014 seine Bemühungen in Richtung Einsatzbereitschaft der Bundeswehr erheblich verstärkt. Beispielhaft sei unsere Kampagnen-Reihe „Schlagkräftige Bundeswehr“ genannt. Ein wesentlicher Bestandteil unserer Forderungen dabei war, dass Deutschland die militärischen Zusagen einhalten können muss, die wir den Verbündeten in NATO und EU gemacht haben. Die noch von der vorherigen Bundesregierung eingeleiteten „Trendwenden“ für Personal und Haushalt waren richtig. >>



Foto: Bundeswehr

Bietet das Sondervermögen die volle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr? „Es brauchte leider erst einen Krieg in Europa, damit die Politik erkannte, wie groß und dringend der Handlungsbedarf geworden war.“

„Mit dem Sondervermögen haben wir die Chance einer vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.“

Leider fehlte ihnen die notwendige finanzielle Unterlegung, um wirklich Durchschlagskraft zu entfalten. Das könnte jetzt besser aussehen. Mit Zeitenwende und Sondervermögen haben wir die große Chance, in den nächsten Jahren tatsächlich wirksame Schritte in Richtung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu gehen. Und ich füge hinzu: Diese Chance, sie muss genutzt werden. Eine weitere wird es nicht geben. Niemand mag sich die Konsequenzen eines Scheiterns ausmalen.

Geld allein reicht nicht aus

Dieses Momentum muss genutzt werden. Wir wissen, dass Geld allein nicht ausreicht. Deshalb sage ich: Es bedarf eines starken und nachhaltigen politischen Willens. Die Beschaffung des notwendigen Materials muss effizienter und schneller werden. Die Strukturen der Bundeswehr müssen an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden. Wir müssen darauf schauen, ob die vom Bundestag dazu ins Ziel gebrachten Gesetzesänderungen – Stichwort Beschaffungsbeschleunigung – die erhoffte Wirkung entfalten.

Zudem müssen wir dringend über die personelle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sprechen. Es ist ein offenes Geheimnis: Die demografische Entwicklung hat auch auf die Bundeswehr und den gesamten öffentlichen Dienst dramatische Auswirkungen. Eine Studie der Unternehmensberatung PwC kam zu dem Ergebnis, dass dem öffentlichen Sektor schon im Jahr 2030 mehr als eine Million Arbeitskräfte fehlen könnten. Damit es nicht so weit kommt, müssen wir dringend über neue und innovative Instrumente der Personalgewinnung und -bindung nachdenken. Geld allein reicht nicht, schrieb ich eben. Aber schon jetzt zeigt sich: Auch das Geld reicht nicht. Die 100 Milliarden Euro zusammen mit den für den Verteidigungshaushalt geplanten Mitteln werden nicht ausreichen, um die Bundeswehr nachhaltig einsatzbereit zu machen. Ein Grund dafür sind die stetig steigenden

Betriebskosten, die derzeitige hohe Inflation und ein weiterer die Tatsache, dass mit den verfügbaren Mitteln bei Weitem nicht alle nötigen Investitionen getätigt werden können. Allein für Munition sind 20 Milliarden Euro notwendig. Die Waffenlieferungen an die Ukraine schmälern den Bestand der Truppe zusätzlich. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht forderte jüngst unter anderem deshalb auch weitere 700 Millionen Euro, um dieses Fehls auszugleichen.

Fakt ist also: Viele anspruchsvolle Folgeentscheidungen stehen an, wenn das anvisierte Ziel einsatzbereiter – kriegstauglicher! – Streitkräfte erreicht werden soll. Bleiben sie aus, wären die Folgen katastrophal für die Sicherheit Europas und zugleich für die Bereitschaft des Steuerzahlers, weiter in die Bundeswehr zu investieren.

Der politische Wille ist eng gekoppelt mit der notwendigen gesellschaftlichen Unterstützung. Rückhalt und Ansehen der Bundeswehr in der Gesellschaft sind hoch, das zeigen Studien immer wieder. Damit dies so bleibt, muss der Gedanke der Wehrhaftigkeit, der gesellschaftlichen Resilienz bei jedem Menschen in unserem Land vorhanden sein, genauso die individuelle Bereitschaft, seinen Beitrag dafür zu leisten, Verzicht zu üben. Denn wir dürfen uns nichts vormachen: Deutschland und Europa stehen inmitten in einer kriegsbedingt anschwellenden Energie- und Wirtschaftskrise, die für sehr viele Menschen im Land mit großen Härten verbunden sein wird, die der Staat nicht ausgleichen



Stabsfeldwebel Thomas Schwappacher ist stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundeswehrverbandes e. V.

Foto: Deutscher Bundeswehrverband e. V.



Foto: Bundeswehr/Thomas Brandt

Woher kommt das Personal für die Bundeswehr? „Viele anspruchsvolle Folgeentscheidungen stehen an, wenn das anvisierte Ziel einsatzbereiter – kriegstauglicher! – Streitkräfte erreicht werden soll.“

kann. Das werden die Bürger nur mitmachen, wenn sie davon überzeugt sind, dass es dabei um einen existenziellen Beitrag zum Bestehen unserer Freiheit, unserer Werte und am Ende auch unseres wirtschaftlichen Wohlergehens, um die Zukunft unserer Kinder geht.

„Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Debatte über die allgemeine Dienstpflicht.“

Der Bundespräsident hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Verantwortung als Begründung für seinen Aufschlag vor einigen Wochen genannt. Auch in den Parteien wird darüber diskutiert. Bei all dem geht es aus meiner Sicht vor allem um die Wahrung staatlicher Handlungsfähigkeit in der Zukunft – und damit meine ich nicht die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht. So stringent und langfristig wir Entscheidungen für den Klimaschutz planen und umsetzen sollten, so zukunftsorientiert müssen wir auch denken und handeln, wenn es um das Funktionieren unseres Gemeinwesens in den nächsten Jahrzehnten geht. Und da kommen wir um die Frage, woher das Personal kommen soll, nicht herum, so unangenehm die Debatte darum auch sein mag. Die 100 Milliarden für die Bundeswehr und damit der Wille zur Herstellung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr können folg-

lich nur ein Baustein der Zeitenwende sein. Die Staatengemeinschaft verabschiedet sich zunehmend von einer regelbasierten hin zu einer machtbasierten Weltordnung. Wenn wir in dieser als Land und als Kontinent weiter Akteur sein wollen, wenn wir uns keinen fremden Willen aufzwingen lassen wollen, dann müssen wir noch viele anspruchsvolle Aufgaben lösen. Eine davon, aber bei Weitem nicht die einzige, ist die einsatzbereite Bundeswehr. Der Bundeswehrverband als Interessenvertretung aller Menschen der Bundeswehr schöpft alle Möglichkeiten aus, um seinen Beitrag zu leisten. Wir sind als Organisation mit mehr als 200.000 Mitgliedern gefragt, als Akteur in der verteidigungspolitischen Community in Berlin und als Kompetenzträger insbesondere mit Blick auf das Personal der Bundeswehr. Jede und jeder Einzelne von uns muss überall – auch und vor allem außerhalb der Bundeswehr – die sicherheitspolitische Lage und die Herausforderungen für die Streitkräfte erklären. Mehr denn je kommt es jetzt auch darauf an, die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft zu stärken, die individuelle Wertschätzung und Anerkennung der Soldatinnen und Soldaten für diese spürbar zu machen; im Familien- und Freundeskreis, im Sportverein, auch in der Kirche.

Ich bin zuversichtlich: Gemeinsam werden wir auch diese Herausforderungen meistern! ■



Das Geschenk
Psychothriller in Geschenkausstattung

Sebastian Fitzek hat ein geheimnisvolles Geschenk für seine Leser*in gepackt: einen faszinierenden Psychothriller und ein Rätselspiel voller Codes und Geheimnisse. Milan Berg steht an einer Ampel, als ein Wagen neben ihm hält. Auf dem Rücksitz ein völlig verängstigtes Mädchen. Verzweifelt presst sie einen Zettel gegen die Scheibe. Ein Hilferuf? Milan kann es nicht lesen - denn er ist Analphabet! Einer von über sechs Millionen in Deutschland. Doch er spürt: Das Mädchen ist in tödlicher Gefahr. Als er die Suche nach ihr aufnimmt, beginnt für ihn eine alpträumhafte Irrfahrt, an deren Ende eine grausame Erkenntnis steht: Manchmal ist die Wahrheit zu entsetzlich, um mit ihr weiterzuleben – und Unwissenheit das größte Geschenk auf Erden.

„Wie eine böse Variante
von 1001 Nacht!“
dpa

Droemer-Knaur-Verlag, 16.99 EURO



101 Essays, die dein Leben verändern werden
Plädoyer für die Akzeptanz unserer Gefühlswelt

Der Weg zu einem glücklichen Leben verläuft selten geradeaus. Aber die Herausforderungen, denen du begegnest, sind Chancen, deine Denkweise zu verändern und an dir selbst zu wachsen. Die 101 lebensverändernden Essays von Brianna Wiest durchbrechen schädliche Denkmuster und öffnen dir die Augen. Mit großer Menschenkenntnis und psychologischem Feingefühl offenbart sie dir, was du hören musst, aber nicht willst. Was du eigentlich schon weißt, aber unterdrückst. Egal, ob du mit Beziehungen, deiner eigenen Lebenseinstellung oder der Kommunikation mit deinen Liebsten zu kämpfen hast, dieses Buch hat die Antwort. Es wird dir auf der Suche nach dir selbst, nach Neubeginn und Glück ein wertvoller Begleiter sein.

Piper Verlag, 22.00 EURO



Transatlantik
Deutschlandfunk Kultur
Der 9. Rath-Roman: Die Bestsellerreihe geht weiter

Frühjahr 1937: Eigentlich wollte Charlotte Rath schon längst im Ausland sein, doch halten die Umstände sie in Berlin fest. Ihr ehemaliger Pflegesohn Fritze ist in die geschlossene Abteilung einer Nervenheilanstalt gesteckt worden, ihre Freundin Greta spurlos verschwunden. Dem untergetauchten Gereon Rath wird es derweil zu gefährlich in Deutschland, er besteigt den Zeppelin, um in die USA zu entkommen. Während Charly versucht, Fritze aus der Klinik rauszupauken, das Verschwinden von Greta zu klären und den Mordfall zu lösen, geschehen jenseits des Atlantiks Dinge, die sie niemals für möglich gehalten hätte.

Piper Verlag, 26.00 EURO

Last-minute-Weihnachtsgeschenkideen

Auf der Suche nach Weihnachtsgeschenkideen sind Bücher eine praktische und persönliche Möglichkeit, um einem lieben Menschen eine Freude zu bereiten. An dieser Stelle unsere Buchtipps

Fotos: Piper Verlag, Droemer-Knaur-Verlag, Moritz Verlag



Alle Welt zu Tisch
Kulinarische Weltreise

Was essen die Menschen im Iran? Welche Bedeutung hat trockenes Brot für die Menschen in Israel? Was ist „Gado Gado“? Und kann man Mais wirklich trinken? Diese und andere Fragen rund um Essen und Trinken in aller Welt beantwortet das Buch Alle Welt zu Tisch. Über 25 Länder und ihre Ernährung werden darin vorgestellt. Das Autoren-Trio hat dabei einen Mix aus modernen Gepflogenheiten und alten Traditionen zusammengestellt. Dabei gehen die Autoren auch einigen Lebensmitteln genauer auf den Grund: Schokolade, Maniok, Jackfrucht und vieles mehr werden erklärt und in Zusammenhang mit den Essgewohnheiten der entsprechenden Bevölkerung gebracht.

Moritz Verlag, 29.00 EURO



Ich bin dann mal weg
Jubiläumsausgabe: Meine Reise auf dem Jakobsweg

Juni 2001: Es ist ein nebelverhangener Morgen, als Hape Kerkeling, Deutschlands vielseitigster Entertainer und bekennende Couch-Potato, endgültig seinen inneren Schweinehund besiegt und in Saint-Jean-Pied-de-Port zur Wanderung seines Lebens aufbricht. Sechs Wochen liegen vor ihm, allein mit sich und seinem elf Kilo schweren Rucksack: über die schneebedeckten Gipfel der Pyrenäen, durch das Baskenland, Navarra und Rioja bis nach Galicien zum Grab des Heiligen Jakob, seit über 1000 Jahren Ziel für Gläubige aus der ganzen Welt. In der Jubiläumsausgabe lässt Hape Kerkeling jetzt in einem völlig neuen ausführlichen Vorwort die Bedeutung dieser sechswöchigen Wanderung Revue passieren und blickt zwanzig Jahre danach auf den wichtigsten Weg seines Lebens zurück.

„Der wichtigste Weg
meines Lebens“
Hape Kerkeling

Piper Verlag, 20.00 EURO

Ehrung

GKS-Mitglied Hubert Berners mit dem Großen Kreuz der GKS ausgezeichnet

Im festlichen Rahmen der Feier zum 25-jährigen Bestehen der FGKS konnte die GKS noch ein weiteres großes Ereignis begehen: Die Verleihung des Großen Kreuzes der GKS an Herrn Oberstabsfeldwebel a. D. Hubert Berners. Seit 1987 wird das Große Kreuz der GKS an Persönlichkeiten verliehen, die sich in besonderer Weise um die Gemeinschaft der Katholischen Soldaten verdient gemacht haben. Bisher wurde die Ehrung 26-mal verliehen. Auf der Ehrentafel, auf der alle Ausgezeichneten vermerkt sind, finden sich Bischöfe, Militärgeneralvikare, Militärggeistliche und Offiziere, welche sich in unterschiedlicher Weise besonders um die GKS verdient gemacht haben. Hubert Berners wird somit als 27. Persönlichkeit auf der Ehrentafel platziert werden – erstmalig erhält damit ein Unteroffizier die höchste Auszeichnung der GKS.

Das Engagement von Hubert Berners in der GKS reicht Jahrzehnte zurück. Er war Kreisvorsitzender, engagierte sich im Bereichsvorstand und im Bundesvorstand.

Heute ist Hubert Berners der „Homo technicus“ der GKS. Er kümmerte sich von Anfang an bis heute um die IT der GKS. Er verantwortet in der GKS nicht nur jegliche IT, sondern hält diese auch regelmäßig auf Stand und kümmert sich mit engelsgleicher Geduld um die großen und kleinen Probleme der Nutzer.

Doch Hubert wäre nicht Hubert, wenn er sich damit begnügen würde. So verantwortet er noch zusätzlich den Datenschutz der GKS, die Mitgliederdatei, die Datenablage unserer ehrenamtlich Engagierten,

hat unsere Homepage entwickelt und jahrzehntelang gepflegt. Diese Liste ließe sich noch weiter fortführen.

Außerdem ist er seit 25 Jahren der bisher einzige Schatzmeister der FGKS, des Förderkreises der GKS. In dieser Funktion treibt er die Arbeit der FGKS mit viel Engagement voran, um die GKS und ihre inhaltliche Arbeit finanziell zu unterstützen.

Hubert Berners ist ein GKSler mit Herz und Seele und setzt sich mit riesigem Engagement, großem Einsatz und Ausdauer für die Belange der Gemeinschaft und ihrer Mitglieder ein. Er hat sich damit in vielfältiger Weise um die GKS verdient gemacht und wir freuen uns sehr, ihn mit dem Großen Kreuz der GKS auszeichnen zu dürfen.

Lieber Hubert, vielen Dank für deinen Einsatz! Auf weitere Jahre der Zusammenarbeit! ■



Übergabe des
Großen Kreuzes
der GKS von OTL
Schäffer an Hubert
Berners

Foto: Juliana Haberlag

IMPRESSUM

„AUFTRAG“ ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

HERAUSGEBER:
Gemeinschaft Katholischer Soldaten
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de

REDAKTION:
Verantwortliche Redakteurin:
Nadin Schley V. i. S. d. P.

TITELFOTO:
Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:
Redaktion AUFTRAG
Am Weidendamm 2
10117 Berlin
redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:
GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18
BIC: GENODE33HAN

LAYOUT:
Editorial Publishing Berlin e. K.
Eberhard-Roters-Platz 14
10965 Berlin

DRUCK:
Buch- und Offsetdruckerei
H. Heenemann GmbH & Co. KG
Bessemerstraße 83 – 91
D - 12103 Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS:
10. November 2022